

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950

24 (14.6.1950)

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 24 — 5. Jahrgang

(Verlagspostamt Stuttgart)

Karlsruhe, 14. Juni 1950

Preis 50 D-Pfennige

Europa konsolidiert sich

Handelsbilanz der Bundesrepublik mit Westeuropa ausgeglichen - Neue Handelsverträge Vorschläge zu einer Offenmarkt-Politik - Diskontermaßigung? - Wiederkehrende Großbanken



Die aktuelle Berichterstattung auf Seite 3 dieser Ausgabe ist der Ruf-Buchhaltung gewidmet. Unser Bild hier das As aller



Buchungsmaschinen: den Ruf-Internat, die Sensation auf der Technischen Messe in Hannover im Frühjahr dieses Jahres.

Von den verbotenen Prinzipien

Siebt man sich einmal das Schicksal der Meinungen und der Prinzipien an, dann kommt man zu dem gleichen Schluß wie bei der Beurteilung anderer Entwicklungen in Deutschland und in Europa: die alten, bekannten Trennungslinien sind nicht mehr erkennbar, und neue sind nur deshalb noch sehr schwer erkennbar, weil die Brücken dafür noch nicht fertiggestellt sind.

Wir haben uns langsam daran gewöhnt, daß sich die Kommunisten, die 1918 mit den roten Bannern „Proletariat aller Länder vereinigt euch“ durch die Straßen Berlins zogen, heute in ihrer eigenen Terminologie ausdrückt, als die krassesten Nationalisten und Imperialisten entpuppten. Wir müssen uns langsam daran gewöhnen, daß eine Partei, die weiter links als alle, um so nationalisierter wird. Wir Alternen wundern uns darüber nicht, weil es vor 20 Jahren einmal genau umgekehrt war, sondern, weil irgendwie die Prinzipien vertagen wurden und kräftig weiter vertagen wurden. Wir haben immerhin noch Verstandes dafür, daß eine Opposition einfach immer neu zu allen Tagen, was die Regierung beabsichtigt. Im Zuge des Krassenwerdens der absichtlich hervorgehobenen Gegensätze müssen wir dies verstehen lernen, wenn es auch früher immerhin vorkam, daß eine Opposition der Vorzüge der Regierung zustimmen mußte, weil diese Vorzüge genau den Wünschen der Opposition entsprach. Man hört eben früher mehr von Prinzip, und man hört heute mehr von Zweck. Das ist nicht erfreulich, aber es ist so.

So durcheinander ist auch die Einstellung zu den nationalen Problemen. Wie nun der Schuman-Plan einmal aussehen wird, sicher scheint uns heute doch schon zu sein, daß die Staaten einen so großen Einfluß auf die Gestaltung des Planes haben werden, daß von privater Initiative und Unternehmenswille, weil sie einen Zuwachs ihrer Macht erringen wollen und müssen. Die Gewerkschaften sind so lange gegen den Schuman-Plan, so lange sie nicht mitbestimmen dürfen. Dürfen sie aber mitbestimmen beim Schuman-Plan, wenn sie nicht vorher mitbestimmen dürfen? Die französischen Rückgangunternehmer werden, auch wenn es sich um ein ziemlich sozialistisches Gebilde handelt, nicht gegen den Schuman-Plan sein, wenn sie mitbestimmen dürfen, wenn sie an der Macht partizipieren können.

Die marxistische Ideologie hat die Arbeiter bewußt und unbewußt in ein falsches Bild gesetzt. Es geht nicht um Profite und Gewinne, es geht um die Macht. Weder sind die Profite eine materielle Grundlage für die Macht, noch die Beiträge für die Gewerkschaften. Geld macht nicht glücklich, aber es ist gut, wenn man es hat. Dieser Satz gilt für beide Parteien.

Für das Lösen der Mittelbestimmung wird man auf der einen Seite das Königreich der Sozialisierung und Verteilung verkaufen, wie man auf der anderen Seite dafür die von Gott gegebene Freiheit verkauft.

Die Prinzipien sind verraten und ihre Fests sind verraten. Die Macht, die nackte Macht, die wenig schönes Gesicht, ein Gesicht, das den Menschen schlecht steht, die von Frieden reden, H.

Badische Leistungsschau

Vom 14. Juni bis 2. Juli wird in Karlsruhe eine Ausstellung „Badische Leistungsschau“ gezeigt werden. In drei Gruppen, nämlich Handel und Gewerbe, Handwerk und Industrie und Landwirtschaft wird hier eine vollständige Übersicht über die wirtschaftlichen Leistungen Badens gegeben. 8000 um überdurchschnittliche Höhe von etwa 300 Ausstellern zur Verfügung.

Das Handwerk stellt insbesondere aus. Es ist nicht möglich, alle Leistungen hier aufzuführen, aber wir greifen heraus, daß der König der Kunstschmiede, ein Währinger Meister, in Karlsruhe ein Kunsthandwerk zeigen wird. Auch die Blinden sind vertreten.

Die Landwirtschaft hat ebenfalls hier eine großartige Leistungsschau vor-

stellungen über die wirtschaftliche Entwicklung Westeuropas charakterisiert die politische Tendenz. Der Bericht der ECA stellt fest, daß die westeuropäische Industrieproduktion im Frühjahr 1950 eine nicht vorhergesehene Höhe erreicht habe. Auch die Einschätzungen ließen das beste landwirtschaftliche Ergebnis seit Kriegsende erwarten. Nach diesen Angaben habe die industrielle Produktion im ersten Quartal 1950 die Vorkriegserzeugung um 6% und die des letzten Quartals 1949 um 8% übertraffen. Was uns Deutsche in diesem Zusammenhang besonders interessiert, ist die Feststellung der ECA, daß die Steigerung der industriellen Erzeugung in England gegenüber der Vorkriegszeit 32% betragt, und daß die Produktion in Frankreich heute 15% höher ist als 1938. So weit wie diese beiden Länder haben wir es in der Bundesrepublik noch nicht gebracht, wenn auch unsere Erzeugung heute um 17% höher liegt als im Vorjahr. Übrigens stellt die ECA fest, daß Westeuropa in diesem Jahr etwa die gleiche Menge Nahrungsmittel erzeugen werde wie 1938, jedoch werde der Anteil pro Kopf der Bevölkerung noch um 10% niedriger sein als 1938. Noch eine westeuropäische Feststellung: Zum erstenmal gleicht sich die Handelsbilanz der Bundesrepublik mit Westeuropa aus. Westeuropa hat im Mai für 140 Mill. Dollar bei uns gekauft und wir haben für 106 Mill. Dollar geliefert. Ertrübe die Zahlen. Daß aber solche Zahlen veröffentlicht werden, gerade in diesem Zeitpunkt, ist nicht ohne Bedeutung. Wenn diese Zahlen in die Hände der Leser kommen, wird sich der Bundesrat mit der Eingliederung Westdeutschlands in den Euratom beschäftigen. Die europäische Karte steht im Moment am stärksten und die Tendenzen, die wir an dieser Stelle in den

letzten Wochen immer wieder aufgezeigt haben, werden immer kräftiger.

Entspannung?

Es fällt nur auf, daß zum erstenmal seit langer Zeit die Warenmärkte nicht mehr fest sind. Mit Ausnahme von Kautschuk setzte zum erstenmal eine gewisse Schwäche ein. Man wird zunächst abwarten müssen, ob sich diese Schwäche fortsetzt. In diesem Fall könnte man annehmen, daß sich auch im großen politischen Spiel manches entspannen hätte. Viele andere Anzeichen sprechen dafür, und auch manche Meinungen.

Auf dem Gebiete des Außenhandels sei erwähnt, daß Westdeutschland im Mai Waren im Werte von 27 Mill. Schweizer Franken in die Schweiz exportiert, aber nur für 22 Mill. aus der Schweiz importiert hat. In der Schweiz ist man offenbar nicht ganz glücklich über diese Entwicklung. Jedenfalls stellt man dort argwöhnisch fest, daß westdeutsche Industriefirmen zum erstenmal wieder gansseitige Anzeigen in führenden Schweizer Blättern veröffentlichten. Es handelt sich vor allem um Stahlzeugnisse, Werkzeugmaschinen, Chemikalien und Pharmazutika. Es ist nicht unbekannt, daß in Schweizer Geschäftskreisen die deutschen Waren auf Interesse stoßen. Wir wollen aber auch nicht verkennen, festzustellen, daß Schweizer Zeitungen die vor kurzem erfolgte Freigabe der Produktion von Chemikalien wenig freundlich aufgenommen haben. Es ist schon möglich, daß Westdeutschland sich einige Aufträge wieder zurückgeholt, die es früher einmal gehabt hat und nur wegen der Produktionsbeschränkung nicht ausführen konnte.

Neue Handelsverträge

Ganz glatt scheinen auch die deutsch-englischen Verhandlungen nicht zu

Gefahren für die Marktwirtschaft

Folgerungen für die Wirtschaftspolitik

Man meint, es sei höchste Zeit, daß die Kompetenzstreitigkeiten auf diesem Gebiet, und das Provisorium des Notenbankstatuts beendet werde. Das zweckmäßige Danks an Kreditbeschaffung sei durch vorläufige Abtasten an Hand einer Fülle von Zahlenreihen über den Wirtschaftsstand zu finden. Immerhin sei zu beachten, daß der steigende Block von mehreren Milliarden DM Schulden nicht durch unzureichende Konsolidierungsmittel in Höhe von einigen hundert Millionen DM auszubringen sei. Weiter sei die Beschleunigung der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung z. B. der verschiedenen Hoch- und Tiefbauprogramme, erforderlich. Dabei müsse der Wirtschaftsausschuss verhandelt werden, da auf die Dauer die Flichtfrage und die Unübersichtlichkeit des Berufs- und Altersaufbaus nicht über längere Rentenaufgaben zu lösen sei. Die Erweiterung des Vorbehaltsnetzes ist in diesem Zusammenhang dringend geboten und eine geeignete

Deutsche Filme — in Wien wieder an zweiter Stelle

In vergangenen Jahr wurden in Wien insgesamt 285 Filme vorgeführt, darunter befinden sich 120 aus den Vereinigten Staaten, 43 aus Deutschland (31 und West), 40 aus England, 26 aus Österreich, 21 aus Frankreich, 20 aus der Sowjetunion, 3 aus der Schweiz und je einer aus Italien, Polen und Mexiko.

Auffallend ist das Wiederkommen des deutschen Films in Österreich, der vor dem Krieg viele Jahre lang in unbedeutender Führung gelegen hatte. Ohne Zweifel gibt es zu etwas wie eine „Schausucht“ nach dem deutschen Film, schon aus sprachlichen Gründen und weil die Art des deutschen Films schon von Haus aus den Österreichern mehr liegt als andere ausländische Filme. Amerika setzt in Österreich nach wie vor in der Hauptsache „Schwarzfilm“ ab. Wild-Westfilme, Kriminalfilme und kitschige Revuefilme, die das Publikum nur solange besucht, als es nichts Besseres zu sehen bekommt. Im Durchschnitt sahen die englischen Filme dem österreichischen Filmprodukt mehr zu als die amerikanischen Erzeugnisse. Die österreichischen Filmproduzenten sehen das Wiederkommen des deutschen Films mit Vergnügen, bieten sich doch dadurch um so mehr Möglichkeiten, österreichische Filme nach Deutschland zu schicken und die dort zu zeigen, für österreichische Verhältnisse sehr hohen und vielfach für die Produktion unerträglichen Einsparpotenzial nach Österreich zu transferieren.

In dieser Nummer:

- Rubel Herrschaft in Ostblockhandel
- Preteverhältnisse Westberlin zu Ostberlin
- Olympie Whaling
- Sommerkonjunktur in den USA
- Der afrikanische Markt
- Israel's Wirtschaft noch auf schwachen Füßen
- Luxemburg zwischen den größeren Nachbarn
- Türkei erwartet eine gute Ernte

stärkung von Exportgeschäften auf 55% pro Jahr gesenkt haben.

Es scheint in New York Neigung zu bestehen, deutsche Wertpapiere dort an der Börse wieder zumalassen. Es dürfte sich wohl zunächst, wenn überhaupt, nur um deutsche Obligationen handeln.

Valutagesprache

Die europäischen Zahlungsunionen dürften ihre Schichten voraus, als einige Währungen sich vorher noch zu konsolidieren bemühten. Am deutlichsten wurde dies in dem Gerüchten um die Stabilisierung des französischen Franken. Sicher sind irgendwelche Pläne dieser Art im Gange. Aufwertungs- und Abwertungsgerüchte halten sich die Waage. China soll eine neue Währung bekommen und zwar mit Goldstandard über Goldpreis soll auf 35 US-Dollar pro Unze festgesetzt werden. Das australische Pfund soll aufgewertet werden; man hält eine Aufwertung um 1% bis 10% für möglich. Diese Meldungen haben einen großen Grad von Wahrscheinlichkeit für sich. Dagegen sind gelegentliche Zeitungsmeldungen über eine Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar wirklich völlig aus der Luft gegriffen; denn weder von deutscher noch von ausländischer Seite ist der Gedanke einer Änderung des Umlenkungskurses der D-Mark zum Dollar in den letzten Wochen überhaupt nur erwogen worden.

Auf dem privaten Sektor kommt das Gespräch zwischen den Ländern auch langsam in Gang. Es werden schon wieder zwischen den gleichen Industriegruppen verschiedener Länder neue Fäden gesponnen, die früher einmal sehr häufig waren. Die neueste dieser Maßnahmen spricht von Vorkaufverträgen zwischen den deutschen und der französischen, elektro-medizinischen Industrie; dabei sollen Preislisten und Prospekte ausgetauscht werden.

Kapitalpflege

Von innerwirtschaftlichen Problemen bleibt die Frage der Kapitalbeschaffung immer noch am brennendsten. Der zentralen

Opfer einer Empfehlung

Der niederösterreichische Landwirtschaftsminister Dr. Gernke begibt sich mit Kenntnis des Chefs der Landesregierung nach Berlin, um dort mit den österreichischen Behörden ein kleines Handelsabkommen abzuschließen. Niederösterreich verlagert sich rechtlich viel konservativ, die nicht unbegründet haltbar sind, und die es gerne gegen Produkte der Ostzone wie z. B. Holz, Papier und Chemikalien austauschen möchte. Er findet, so erklärte Gernke, es geradezu widerständig, daß man Zucker aus Cuba bezieht, während in der Ostzone reichlich vorhanden sei. Wenn der Export der Ostzone nicht nach Westdeutschland gehen würde, er eben ins Ausland gelenkt. Im übrigen wies Gernke noch darauf hin, daß auch die britische und amerikanische Regierung keine Bedenken sähen, mit der Sowjetunion Handelsabmachungen zu treffen. Schließlich habe ja kein Österreicher als der amerikanische Hochkommissar McCloy empfohlen, Gespräche mit führenden Politikern der Ostzone aufzunehmen. Daß die Verhandlungen Gernkes und auch alle künftigen Gespräche mit dem Ostpolen, vornehmlich in der Ostzone politisch ausgeschaltet werden, ist zu erwarten und kaum zu verhindern.

Jedenfalls bewies der niederösterreichische Landwirtschaftsminister Mut und machte den Anfang. Ob er auch das erste Opfer sein wird, werden die nächsten Tage zeigen. Es besteht zwar ein Interessenabkommen und es wird ständig über eine Ausweitung des gegenseitigen Warenaustausches verhandelt, es scheint aber, daß man sich beiderseits mehr von politischem als von wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten läßt. Man sollte doch endlich von den Engländern lernen, die sehr gut die kommerziellen Interessen von der Politik zu scheiden wissen. Und sie fahren hierbei nicht schlecht, wie ihr Handel mit dem Osten zeigt. Der Gerse wird vorgeworfen, daß er mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Ostrepublik verhandelt habe, u. zw. im vornehmen Hotel Adlon in Berlin, „mit Überdrit, der gerade Teile Deutschlands an Polen ausgeliefert habe“. Die Oder-Neiße-Linie hat nicht nur Überdrit sondern auch Peck und alle anderen österreichischen Größen als „endgültige Preisengener“ anerkannt. Darf man überhaupt, und wer soll und wer darf mit führenden Männern der Ostzone Gespräche führen, wie es McCloy vorgeschlagen hat? Die Oder-Neiße-Linie ist eine andere Frage, sie gehört in das Kapitel der großen Politik und der Niederlage Roosevelt und seines Geburtsortes in Valta. Die Amerikaner erkennen die Abtrennung der Gebiete jenseits der Oder-Neiße heute nicht an, und betonen, daß die endgültige Regelung den künftigen Friedensvertrag vorbehalten bleiben müsse. Solange kann man mit den, wie gesagt nicht unbegründet haltbaren Konserven nicht warten. Die Amerikaner nahmen zu den Abmachungen. Überdrit mit Polen ebenfalls scharf Stellung. Das hindert sie im Augenblick aber nicht im geringsten. Über eine Handelsgruppe Firma ihre überschüssigen Kartoffeln und Erbsen an die Ostzonerepublik zu verkaufen.

traubankrat wird sich in den Tagen, an denen diese Ausgabe erscheint, in einer Sitzung damit beschäftigen, wie man den westdeutschen Kapitalmarkt funktionstüchtiger machen kann. Wir deuteten in der vorigen Nummer ein Esser-Skizze an, daß eine gewisse Offen-Markt-Politik bereits unzufällig praktiziert wird in der Höhe des Rentenmarktes. Es sind aber jetzt darüber hinaus neue Pläne aufgetaucht. Der Präsident der Landeszentralbank Hessen, Prof. Dr. Veit, hat vorgeschlagen, kurzfristige Kredite in einem Gesamtwert von 900 Mill. DM durch langfristige Darlehen der Industrie-Kreditbank Düsseldorf umzuschulden, die sich ihrerseits durch Obligationen ausgabe die Mittel zu dieser Aktion beschafft, und diese mittelfristigen Papiere sollen durch das Zentralbankkassen angekauft werden können. Vorläufig ist dieser Plan vom Zentralbankrat noch nicht genehmigt. Sowohl die Praxis wie auch einige Hinweise in dem Geschäftsbericht der Bank Deutscher Länder, über den wir in der vorigen Ausgabe ausführlich berichteten, lassen darauf schließen, daß der Zentralbankrat für ein gewisses Maß von Offen-Markt-Politik Verständnis hat. Es ist noch nicht ausgeschlossen, daß der Diskontsatz Gegenstand der Zentralbankentscheidung wird. Im Interesse der Schaffung eines ausreichenden Zinsgefälles von Geld- und Kapitalmarkt ist eine Senkung des Diskontsatzes durchaus erwünschenswert.

Es scheint uns allerdings, als ob der Zins z. Zt. nur noch einen, aber nicht nach hinten eine Rolle spielt. Kapitalrenten müssen mindestens 7% Zinsen geben. Es hat sich bei der Bundesbahnlinie gezeigt, daß sogar der hohe Zins und steuerliche Vergünstigungen nicht genügend Anreiz bieten, die wenigen Ersparnisse herauszulassen. Nach unten aber ist der Erfolg bestimmt gering. Zinsgefälle haben zu anderen Zeiten eine Rolle gespielt. Wir wollen nicht verkennen, daß eine Diskontsenkung eine Entlastung für die Wirtschaft bedeuten würde und insoweit sehr zu begrüßen wäre. Aber ein Anreiz zum Kapital hin würde durch das Gefälle unter den gegebenen Verhältnissen kaum zu erwarten sein.

Offen-Markt-Politik

Auch der wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium hat sich vor einiger Zeit mit der Finanzierungs- politik beschäftigt. Im wesentlichen kommen seine Vorschläge auf eine Offen-Markt-Politik heraus. So schlägt er vor, das Zentralbanksystem sollte lang- und mittelfristige Schuldverschreibungen erwerben, die es erst später bei hinreichender Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes und geeigneter Wirtschaftslage auf den Markt bringen dürfte. Dieser Vorschlag ist nun keineswegs originell. Vor allem vergibt man bei diesem Vorschlag immer wieder, daß solche Art der Kreditpolitik fast ausschließlich der öffentlichen Hand Gelder des Kapitalmarktes zuführt, ausgerechnet also einer Kapitalmarkt, der sowieso heute der einzige wirklich große Kapitalgeber ist, indem er mit Hilfe seiner staatlichen Zwangsmittel das Geld, das sonst gesperrt würde, auf dem Wege über die Steuern einstreicht. Man sollte darum mit solchen kreditpolitischen Vorschlägen etwas vorsichtiger sein, oder zum mindesten sich so klar ausdrücken, daß man nicht an eine kreditpolitische Bevormundung der öffentlichen Hand denkt.

Man ist in dieser Verbindung aber berechtigt, wenn man immer wieder nur von volkswirtschaftlichen Zeichen hört, zu denen das Kapital beschafft werden soll. Ein volkswirtschaftlicher Zweck kann nur am grünen Tisch festgelegt werden. Daß damit noch nicht sicher ist, ob er wirklich ist, das wissen wir aber meist die Herren am grünen Tisch nicht. Ob ein Kapital wirtschaftlich richtig eingesetzt ist, läßt sich nie im voraus berechnen; die wirtschaftliche Entwicklung wird den Beweis bringen — und diese Entwicklung können nur Helfer voraussehen.

Es sind schon wieder Bestrebungen im Gange, ein Konzernkapital zu sammeln. Es läßt sich nicht leugnen, daß die deutsche Volk viel konsumfreudiger ist als im Frieden. Man braucht nur einmal auf ein großes Fußballspiel zu gehen. Von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus wäre es zweifellos möglich, daß mehr gesperrt würde, aber dieser volkswirtschaftliche Gesichtspunkt ist eben nicht der Gesichtspunkt des einzelnen. Wenn man aber dem einzelnen zu seinem Glück zwingen will, dann ist man eben nicht mehr innerhalb einer freien Wirtschaft. Es ist merkwürdig und fraglich zugleich, daß man sich nur über die Zweckmäßigkeit von Maßnahmen unterhält, nicht aber über ihre prinzipielle Bedeutung.

Großbanken

Die Großbanken haben neue Vorschläge zur Regelung ihrer eigenen Aufgaben gemacht. In den drei Besatzungszonen sollen je drei Regionalbanken geschaffen werden, die wieder irgendwie miteinander in Verbindung stehen. Es ist zu hoffen, daß es den Großbanken bald gelingt, sich wieder stärker zu konzentrieren. Wir haben ja an den eben genannten Ausführungen gesehen, wie wichtig in Privatbank befindlicher Kreditapparat ist. Insbe-

„Economist“ zu den britischen DM-Guthaben

Englische Stimmen zu den britisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen

Der Londoner „Economist“ stellt in seiner Ausgabe vom 8. Juni 1950 fest, daß der Handelsverkehr zwischen dem Sterling-Bereich und Westdeutschland einen kleinen Überschuss zugunsten Westdeutschlands aufweise, daß jedoch dem Vermögen nach die Bank von England noch über ihre gesamten D-Mark-Guthaben im Werte von etwa 7 1/2 Mill. Pfund Sterling verfüge, die sich zu Anfang dieses Jahres gebildet hatten. Von deutscher Seite wird darauf hingewiesen, so fährt der „Economist“ fort, daß der deutsche Außenhandel in den ersten Monaten von 1950 nur deswegen ein großes Defizit aufzuweisen habe, weil Westdeutschland seine Einfuhren stärker liberalisiert habe als Großbritannien. Es dürfte angemessen werden, daß bei den neu aufzunehmenden Handelsbeziehungen zwischen Westdeutschland und Großbritannien die Liste der ohne Einschränkung nach Großbritannien einzuführenden Güter erheblich erweitert werde. Der „Economist“ befaßt sich sodann mit der Freigabe der ausländischen D-Mark-Guthaben in Westdeutschland, die er als einen „beschleunigten Anfang“ bezeichnet und spricht die Erwartung aus, daß diese Freigabe im Laufe der nächsten Woche endgültig genehmigt werden dürfte. Er schätzt die Höhe der freigegebenen D-Mark-Guthaben, gestützt auf deutsche Quellen, auf etwa 145 Mill. DM, von denen allein 35 Mill. DM Guthaben ausländischer Filialgesellschaften darstellen, die sich aus deren Einnahmen in der Nachkriegszeit gebildet haben. Nach dem bisherigen Verhandlungsstand soll der Handel mit der Übertragung dieser freigegebenen Guthaben zwischen Deutschen und Briten verboten bleiben, und zwar weil nach amerikanischer Ansicht auf diese Weise die Bildung von Devisenmärkten für „Investitionsmark“ im Ausland vermieden wird. Bei der Entstehung solcher Märkte würden Kapitalisten mit Investitionsabsichten in Westdeutschland, diese „Investitionsmark“ zu einem niedrigen Kurse erzielen können, ohne ausländische Devisen nach Deutschland zu transferieren, was unter anderem einer der Hauptzwecke dieser Investition sei.

Der „Economist“ meint es sei schwer zu verstehen, wie durch diese Bestimmung teilweise britische Banken daran gehindert werden könnten, ihre eigenen DM-Guthaben in Westdeutschland für Rechnung ihrer britischen Kunden abzulassen. Inwiefern, so stellt der „Economist“ abschließend fest, wird dieser erste Schritt als eine Vorbereitung auf den nächsten, wichtigeren Schritt, nämlich die Aufnahme des Zinsendienstes auf die deutschen Auslandsschulden angesehen sein. Wahrscheinlich werden die Erlöse aus Zinszahlungen vorläufig ebenfalls nur inner-

halb Westdeutschlands Verwendung finden dürfen. Das gegenwärtig geltende deutsch-englische Handelsabkommen vom August 1949 läuft am 30. Juni 1950 ab, und man hofft, daß im letzten Augenblick noch ein neues Abkommen vereinbart werden kann, das das alte Abkommen ersetzt. Das Fehlen eines Abkommens würde zu einer plötzlichen starken Einschränkung des britisch-deutschen Handels nach dem 30. Juni führen, denn es würde beiden Ländern nur möglich sein, die allerwichtigsten Importe zu tätigen. Es sei schwer, sich vorzustellen, daß die beiden begrenzten deutsch-britischen Handelsvertragsverhandlungen in London schnell durchgeführt werden könnten, erklärt Manchester Guardian in seinem Leitartikel hauptsächlich auf das Zahlungsproblem zu weisen. Nach den Bestimmungen des alten Abkommens müsse ein Defizit in Gold abgedeckt werden, weshalb die Einfuhr aus Deutschland unter strenger Lizenz gehalten werden sei, während man den Handel mit verschiedenen anderen Teilen Westeuropas etwas liberalisiert habe. Bei den deutsch-britischen Märzverhandlungen sei vorgeschlagen worden, den Handel in Pfund Sterling und DM abzuwickeln, ohne daß eine Abrechnung in Gold in bestimmten Zeiträumen vorgesehen war. Dieser Vorschlag sei nicht auf Grund amerikanischer Einwände zurückgewiesen worden, sondern als infolge deutscher Wünsche abgelehnt worden. Jetzt habe sich dieser Vorschlag dadurch erledigt, daß Großbritannien und Deutschland an der allgemeinen europäischen Zahlungsunion teilnehmen werden. Bis hier ein arbeitfähige Form geschaffen sei, könnten die britischen und deutschen Unternehmer keine festen Vereinbarungen treffen. Der Handel zwischen den beiden Ländern sei aber nicht das einzige wichtige Thema der Unterhaltungen, vielmehr würde es wertvoll sein, wenn man einen ausführlichen Gedankenaustausch über die Konkurrenz Deutschlands und Großbritanniens auf dritten Märkten pflegen würde.

Bei dem gegenwärtigen Wettrennen um den Weltmarkt habe Großbritannien gegenüber Deutschland am besten Vorteil, da es die Zinsen der Industrieverträge, nämlich den Vorteil des früheren Starts. Bei einem Vergleich von 1949 mit 1950 spreche die Zunahme des britischen Exportes fertiger Waren nach dritten europäischen Ländern diesen Vorteil zu Gunsten der britischen Exportabnehmer. Um die der deutsche Export abgenommen habe. Großbritannien könne bei einer Wiederkehr der deutschen Ware seine Märkte nicht halten, wenn Westdeutschland als ein prosperierendes Land ohne amerikanische Hilfe seinen Existenz selbst bezahlen wolle, denn es müsse dann seinen Export gegenüber 1949 vertiefen. Dies würde für viele

Länder und auch für Großbritannien Schrampe des eigenen Exports bedeuten, wenn es nicht gelingt, den Weltmarkt im ganzen zu erweitern. Großbritannien müsse auf dem Standpunkt, daß der Kampf um die Exportmärkte und um die Befreiung mit den nötigen Einbußen unter den Bedingungen liberalen Handels durchgeführt werden müsse. Es komme darauf an, daß Großbritannien in der Lage sei, den Wirkungsgrad seiner Industrie zu erhöhen und den Übergang zu anderen Exportmöglichkeiten zu beschleunigen. Es sei der beste Weg, wenn Regierung, Industrie und Gewerkschaften über die deutsch-britische Rivalität offen sprächen und bei Gelegenheit der Londoner Handelsvertragsverhandlungen „jenseits des Gesprächs auch auf den deutschen Verhandlungspartner zueinander“.

Kurzfristige Exportchancen im Sterling-Baum

In den in der vergangenen Woche zu Ende geführten Besprechungen der

westdeutschen und britischen OEEC-Delegationen in Paris über das deutsche Defizit gegenüber dem Sterling-Baum wurden Verhandlungen getroffen, die den deutschen Exportern bis zum 30. Juni befristete neue Exportmöglichkeiten geben. Danach werden die Kolonialgebiete Großbritanniens ermächtigt, innerhalb dieser Frist mit sofortiger Wirkung zusätzliche Einfuhrlizenzen für deutsche Erzeugnisse im Werte von 4 Mill. Pfund, das sind 11,1 Mill. Dollar, zu gewähren. Weiterhin sollen die Domänen angewiesen werden, aus Gründen der Zahlungsbilanz keine Einwendungen gegen deutsche Einfuhren zu erheben, sofern solche im Rahmen ihrer Importpolitik für möglich gehalten werden, sondern die gegen die deutsche Einfuhr gerichteten Restriktionen zu mildern. Diese Empfehlung bedeutet praktisch, daß Westdeutschland gegenüber den Domänen nicht mehr als Hartwährungsland angesehen werden soll. Da diese Bestimmungen zunächst nur auf wenige Wochen Geltung haben, ist für die deutschen Exporteure eine Übergangslösung bis zur Inkraftsetzung der europäischen Zahlungsunion und bis zum

Abschluß eines neuen deutsch-britischen Handelsabkommens gefahrt.

Prämienverbüßung in der Kraftverkehrs-Versicherung unvermeidlich

Die Tarif- und Bedingungskommission des Verbandes der Haftpflicht-, Unfall- und Kraftverkehrs-Versicherer tagte kürzlich in Köln, um sich mit der Lage der Kraftverkehrsversicherung und dem Aufbau eines neuen Tarifs zu befassen. Aus den dabei vorgelegten statistischen Ergebnissen des Jahres 1949 ergibt sich, daß die Prämienverbüßung von 20. 4. 1949 nicht ausreichend war, um den ständig steigenden Schadenbedarf zu decken.

Da nach den Ergebnissen des ersten Vierteljahres 1950 mit einem weiteren Ansteigen der Schadenkurve für das Jahr 1950 gerechnet werden muß, wird eine Prämienverbüßung für die Haftpflicht- und Fahrzeug-Versicherungen nicht zu umgehen sein.

Rubelherrschaft im Ostblockhandel

Die wesentlichen Wirtschaftskrisen ist man der Ansicht, daß die Sowjetunion die Westmächte genötigt zur Anerkennung der Rubel als alleinige „Internationale“ Währung im Handel mit den Ostblockstaaten aufzufordern werde. Gleichzeitig wird darauf gedrungen, daß die Ostzone in der sogenannten „Rubelblock“ einbezogen werde. Jedenfalls

will die Sowjetunion vorwiegend Fertigerwaren nach Polen liefern

In einem besonderen Abkommen wird festgestellt, daß die vertragstretenden Parteien die Formen der technischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit erweitern durch 1. Ansetzung und Zurechtfindung der technischen Dokumenten im Bereiche der Konstruktionswesen, Technologie, Produktionsverfahren und Exploitationsleistungen. 2. Zur Verfügungstellung von vorhandenem technischem Produktionsmaterial. 3. Hilfeleistung bei der Montage und Inbetriebsetzung der Produktion. 4. Hilfeleistung in Form von Konsultationen und Gutachten. 5. Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Fachschulung. 6. Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Forschung. 7. Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiete der Arbeitsorganisation. Außerdem schließt die Ostzone mit Polen noch ein Kreditabkommen außerhalb des Handelsabkommens und ein Finanzabkommen.

Der Ministerpräsident der Sowjetunion, Gromyko, erklärte in diesem Zusammenhang, daß die gleiche Kommission, die mit Polen verhandelt habe, den Auftrag erhalten wird, ähnliche Verhandlungen mit Ungarn und der Tschechoslowakei zu führen. Außerdem ist geplant, dass Korea mit China zu werden.

Ob die Westalliierten den Rubel als internationale Währung anerkennen würden, ist fraglich. Ein amerikanischer Bankfachmann in der Ansicht, daß die Sowjetunion letzter Rubelzeit hierin, solange die Sowjet nicht bereit ist, Gold in den Hauptstädten der Welt zu deponieren und damit den Rubel zu einer echten Hartwährung zu machen, die in Dollar, Schweizer Franken oder Kronen konvertiert werden kann. In anderen Fällen sei zu befürchten, daß der Ost-West-Handel — sowohl der deutsche Fernverkehr als auch der internationale Ost-West-Handel — praktisch zum Stillstand kommt.

Der Leiter der Selbstverwaltungslinie, W. Ulbricht, der die Verhandlungen im Polen-Büro, berichtete über eine Vereinbarung mit der polnischen Regierung, einen fünfjährigen Außenhandelsplan zwischen der Sowjetunion und Polen abzuschließen. Dieser sei ein zusätzlicher Abkommen für poln. Lebensmittelimporte geplant, das einen Kredit bis 1953 umfasst und es ermöglichen soll, im Spätsommer dieses Jahres über den laufenden Zweijahresplan der Sowjetunion hinaus die Fleisch- und Petroleum für Kinder lieferbar zu werden.

Die Mitteilung in dem Kommuniqué über das Handelsabkommen zwischen der Ostzone und Polen über die Zunahme des Warenverkehrs um 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet, daß die Handelsunion einen Wert von 240 Mill. Dollar erreichen sollen. Der Warenverkehr zwischen beiden Ländern hat sich nach offiziellen Angaben bisher wie folgt entwickelt:

Die Mitteilung in dem Kommuniqué über das Handelsabkommen zwischen der Ostzone und Polen über die Zunahme des Warenverkehrs um 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet, daß die Handelsunion einen Wert von 240 Mill. Dollar erreichen sollen. Der Warenverkehr zwischen beiden Ländern hat sich nach offiziellen Angaben bisher wie folgt entwickelt:

„Planmäßiger“ Ost-West-Handel

Die Außenhandelsbeziehungen der Sowjet-Union und der „volkdemokratischen Länder“ zu den „kapitalistischen Ländern“ gerichte sich ab jetzt planmäßig, so heißt es in einem Artikel der sowjetischen „Täglichen Rundschau“, der sich mit den unterschiedlichen Formen des Außenhandels in der letzten und westlichen Welt beschäftigt. Wenn der Warenverkehr zwischen diesen beiden Ländergruppen schrumpfe, so erklärte sich dies nicht etwa durch die Verschlechterung der Wirtschaftssysteme, es sei vielmehr bedauerlich, daß eine weitgehende Entwicklung der Handelsbeziehungen auch bei solcher Verschiedenheit durchsetzbar sei. Das Hindernis für eine Ausweitung des Außenhandels zwischen der Sowjet-Union und den volkdemokratischen Ländern erweise sich als die kapitalistischen Länder, andererseits sei vielmehr, so meint die „Tägliche Rundschau“, die Diskriminierungspolitik der USA und England. — Unter dem Vorwand, die Ausfuhr von strategisch wertigem Material nicht zulassen zu können, erziehen die USA und England keine Anstrengungen für Weltfrieden, Kapitalismus und Komplexionen nach Bulgarien. Unter dem gleichen Vorwand erziehen sie die Tschechoslowakei nicht, die in den USA bestanden Anstrengungen für die Produktion von Transaktoren, sowie die gleichfalls dort bestellten Elektroden und andere strategisch wichtiger Waren im Gesamtwert von 27 Millionen Dollar zu importieren. Die USA verbieten den marxistischen Ländern Westeuropas entgegen deren Lebensinteressen den Handel mit der Sowjet-Union und den Ländern der Volksdemokratie.

Die Mitteilung in dem Kommuniqué über das Handelsabkommen zwischen der Ostzone und Polen über die Zunahme des Warenverkehrs um 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet, daß die Handelsunion einen Wert von 240 Mill. Dollar erreichen sollen. Der Warenverkehr zwischen beiden Ländern hat sich nach offiziellen Angaben bisher wie folgt entwickelt:

Natursteine wenig gefragt

Die Notlage, in der sich die westdeutsche Naturstein-Industrie schon seit langem befindet, kam Ende Mai auf einer größeren Kundgebung in Bad Pyrmont in Anwesenheit von Vertretern der Bundesregierung und der Länder zu einer eingehenden Erörterung. Die Naturstein-Industrie ist z. Zt. nur zu etwa 40 v. H. ihrer Kapazität beschäftigt. Anstelle von 57 000 Arbeitkräften, die im Jahre 1938 tätig waren, gibt es heute im Bundesgebiet nur noch 35 000 Beschäftigte, die in Arbeit stehen, dabei besteht schon in den besten Baumaterialien vielfach Kurzarbeit, teilweise mit weniger als 24 Stunden in der Woche. Bisher habe sich die Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung — abgesehen von Aufträgen zur Bahndämmung — in der Natursteinindustrie noch nicht ausgewirkt.

Wenn man neben langfristigen Krediten die Verkehrssteuer, — die Kraftfahrzeugsteuer allein bringe jährlich 230 bis 300 Mill. DM — ihren eigentlichen Zweck, der Unterhaltung der Verkehrswege zugeführt würden, sei der Straßenbau finanziell gesichert.

In der Wegbauindustrie macht sich das Ausbleiben von größeren Aufträgen seitens der öffentlichen Hand besonders geltend. Dabei sind die Straßen — vor allem Ortsdurchfahrten, Kurven, Profile — den heutigen und insbesondere dem künftigen großen Kraftwagenverkehr in keiner Weise gewachsen. Die öffentlichen Verkehrswege seien während 10 Jahren vernachlässigt worden; für ihren Ausbau und die Anpassung an die Erfordernisse des modernen Verkehrs sei so viel wie nichts geschehen. Ohne gute Verkehrswege gebe es aber kein gesundes Transportwesen, die Wirtschaftlichkeit des Verkehrs leide Not und damit werde auch die Wiedergesundung der Wirtschaft gehemmt. Von jeher seien in Krisenzeiten der Straßenbau und der Bezug von Natursteinen infolge ihrer hohen Lohnintensivität von über 60 v. H. ein bewährtes Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit gewesen.

Schließlich kam zum Ausdruck, daß sich das staatliche Auftragswesen nicht an den Ländergrenzen stecken dürfe. Ausnahmegebiete zugunsten einzelner Gebiete verursachen lediglich Absatzverlagerungen, wodurch aber der Notstand nicht behoben werde. Nur neue Aufträge mit weitgehender Streuung könnten die Arbeitslosigkeit mildern. Die Naturstein-Industrie könne noch 300 Arbeiter einstellen, in ihrem Verstand vertrieben, um auf den normalen Absatz von 480 Millionen DM zu kommen. Sie setze ihre ganze Hoffnung auf das angelegte sog. zweite Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung.

sondere schenkt uns dies zu einem Zeitpunkt wichtig, zu dem mit einer Innensen und großzügiger Kreditengabe auch durch die Bank Deutscher Länder gerechnet werden kann.

Handelsvertrag Ostzone-Polen

Für das von der Ostzone mit Polen abgeschlossene Handelsabkommen wurde erstmalig die Währungsbasis des Rubel gewählt, erklärte der Minister für innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung der Sowjetunion, G. Handke. Das Abkommen mit Polen hat eine Laufzeit von 1. März 1950 bis 31. Dezember 1950. Die Ostzone wird auf Grund dieses Abkommens zusätzliche Rohstoffe und Lebensmittel und seine Fertigerwaren liefern. Als Gegenleistung

erziehen die USA und England keine Anstrengungen für Weltfrieden, Kapitalismus und Komplexionen nach Bulgarien. Unter dem gleichen Vorwand erziehen sie die Tschechoslowakei nicht, die in den USA bestanden Anstrengungen für die Produktion von Transaktoren, sowie die gleichfalls dort bestellten Elektroden und andere strategisch wichtiger Waren im Gesamtwert von 27 Millionen Dollar zu importieren. Die USA verbieten den marxistischen Ländern Westeuropas entgegen deren Lebensinteressen den Handel mit der Sowjet-Union und den Ländern der Volksdemokratie.

erziehen die USA und England keine Anstrengungen für Weltfrieden, Kapitalismus und Komplexionen nach Bulgarien. Unter dem gleichen Vorwand erziehen sie die Tschechoslowakei nicht, die in den USA bestanden Anstrengungen für die Produktion von Transaktoren, sowie die gleichfalls dort bestellten Elektroden und andere strategisch wichtiger Waren im Gesamtwert von 27 Millionen Dollar zu importieren. Die USA verbieten den marxistischen Ländern Westeuropas entgegen deren Lebensinteressen den Handel mit der Sowjet-Union und den Ländern der Volksdemokratie.

erziehen die USA und England keine Anstrengungen für Weltfrieden, Kapitalismus und Komplexionen nach Bulgarien. Unter dem gleichen Vorwand erziehen sie die Tschechoslowakei nicht, die in den USA bestanden Anstrengungen für die Produktion von Transaktoren, sowie die gleichfalls dort bestellten Elektroden und andere strategisch wichtiger Waren im Gesamtwert von 27 Millionen Dollar zu importieren. Die USA verbieten den marxistischen Ländern Westeuropas entgegen deren Lebensinteressen den Handel mit der Sowjet-Union und den Ländern der Volksdemokratie.

erziehen die USA und England keine Anstrengungen für Weltfrieden, Kapitalismus und Komplexionen nach Bulgarien. Unter dem gleichen Vorwand erziehen sie die Tschechoslowakei nicht, die in den USA bestanden Anstrengungen für die Produktion von Transaktoren, sowie die gleichfalls dort bestellten Elektroden und andere strategisch wichtiger Waren im Gesamtwert von 27 Millionen Dollar zu importieren. Die USA verbieten den marxistischen Ländern Westeuropas entgegen deren Lebensinteressen den Handel mit der Sowjet-Union und den Ländern der Volksdemokratie.

wirkelt (in Mill. Dollar): 1946: 14, 1947: 22, 1948: 94 und 1949: 152.

Der Anteil von Beisatzen an der Ausfuhr der Ostzone nach Polen beträgt nach Ostzonenstellen 14 Prozent.

Westdeutsches Handel im April und in den ersten 4 Monaten 1950

Importiert	April		April	
	1950	1949	1950	1949
Europa	772	1006	323	1053
Belg. Laubmoor	24	100	6	90
Dänemark	21	122	7	19
Finnland	2	2	1	1
Frankreich	24	121	6	100
Grönland	1	1	1	1
Irland	1	1	1	1
Italien	21	104	7	123
Jugoslawien	1	1	1	1
Niederlande	22	107	7	100
Norwegen	1	1	1	1
Dänemark	1	1	1	1
Polen	1	1	1	1
Portugal	1	1	1	1
Schweden	1	1	1	1
Schweiz	1	1	1	1
Spanien	1	1	1	1
Tschechoslowakei	1	1	1	1
Ungarn	1	1	1	1
Afrika				
Ägypten	1	1	1	1
Brit. Kenia	1	1	1	1
Gambia	1	1	1	1
Indien	1	1	1	1
Indonesien	1	1	1	1
Japan	1	1	1	1
Malaya	1	1	1	1
Philippinen	1	1	1	1
Sri-Lanka	1	1	1	1
Südafrika	1	1	1	1
Südkorea	1	1	1	1
Südpazifik	1	1	1	1
Asien				
Arabien	1	1	1	1
China	1	1	1	1
Hongkong	1	1	1	1
Indonesien	1	1	1	1
Japan	1	1	1	1
Malaya	1	1	1	1
Philippinen	1	1	1	1
Sri-Lanka	1	1	1	1
Südafrika	1	1	1	1
Südkorea	1	1	1	1
Südpazifik	1	1	1	1
Australien				
N. Australien	1	1	1	1
S. Australien	1	1	1	1
Neuseeland	1	1	1	1

Dr. Kost 60 Jahre alt

Am 11. Juni wurde der Generaldirektor der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung, Dr.-Ing. e. h. Heinrich Kost, 60 Jahre alt. Nachdem er unter schwierigen Verhältnissen Ende 1947 mit dem Aufbau und der Leitung einer Deutschen Kohlenorganisation beauftragt worden war, ist er zum allgemein bekannten Repräsentanten des Kohlenbergbaus in der Bundesrepublik geworden. Es sagt von dem Weltbild des passionierten Unternehmers Dr. Kost, daß er die weitgehenden Vollmachten, die ihm das Statut der DKBL für die Leitung des Kohlenbergbaus in Form eines Direktionsprinzips einräumt, nicht nutzt, sondern eine elastische Handhabung bevorzugt. Ganzach wird der Bericht über die Bergwerkgewerkschaften geleitet unter weitgehender Eigenverantwortung der Unternehmen.

Dr. Kost ist ein starker Förderer der Mechanisierung als Mittel zur rationalen Produktion und zum Vortrieb des technischen Fortschritts, aber gleichzeitig auch zur Erleichterung der schweren körperlichen Arbeit des Bergmanns. Die Erhöhung der Sicherheit und Verminderung der Unfallgefahren gehören zu seinen dringlichen Anliegen. Der Wiederaufbau der Anlagen und die Modernisierung der Anlagen sind Qualitätsvoraussetzungen der Produktion sowie u. a. die Förderung der Bergarbeiterwohnungsbaus sind Probleme, die allein das Programm vieler Jahre ausfüllen würden. Es erfüllt noch eine außerordent-

liche Erweiterung durch Beschaffung des Generaldirektors der DKBL mit der Neuordnung des Kohlenbergbaus nach Gesetz 73 Br. 27 und durch die von Dr. Kost entscheidend beeinflusste Konzeption für eine neue und bessere soziale Stellung des Mannes im Betrieb.

Dr. Kost setzt sich für eine ständige Neuordnung des Kohlenbergbaus, jedoch unter weitgehender Entwicklung einer selbständigen Kohlenverwaltungsverwaltung, ein. Dabei vertritt er u. a. den Standpunkt, daß Maschinenprodukte bzw. halbfertige Kohlen auf den Zechen veruert werden, also zur Stromerzeugung dienen müssen und daß die chemische Weiterverarbeitung der Kohle im Bereich des Bergbaus verbleibt. Er sieht darin eine bessere Gewähr für eine Wirtschaftlichkeit als in der früher bestehenden Struktur. Kost gilt als ein Mann des Ausgleichs, der Verantwortung und der sozialen Zusammenarbeit. Diese Faktoren haben ihm nicht nur das weitgehende Vertrauen der maßgebenden Kreise der Kohlenindustrie, sondern auch der Gewerkschaften eingetragen.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTS-VERLAG G. m. b. H., Karlsruhe, Völklingerstraße 11, Karlsruhe, Dr. Hans Böhm, Karlsruhe, Zuständiges Verlagsamt: Elmsberg-Verlag, Bensheim, Völklingerstraße 11. — DM 2,00 pro Ausgabe. — Preis für den Abnehmer: DM 1,40. — Druck: Biedermann & Co. G. m. b. H., Karlsruhe.

PALMOLIVE-RASIERCREME 1,40

erweicht den härtesten Bart — kein Eintrocknen — verhindert jeglichen Hautreiz

Berliner Autoschau war ein Erfolg

Es ist ein offenes Geheimnis — und zwar nicht nur in eingeweihten Fachkreisen — daß die am Tage vor Pfingsten durch Bundeswirtschaftsminister Erhard eröffnete Berliner Autoschau 1950 weit über den ihr zugedachten Rahmen hinausgewachsen ist, nicht nur im Hinblick auf die unvorhergesehene große Besichtigung, sondern auch in bezug auf das ihr z. Berlin und in der Ostzone entgegengebrachte Besucher- und Käuferinteresse.

Gemäß Beschluß des für die Veranstaltung von internationalen Automobilausstellungen zuständigen „Bureau Permanent International des Constructeurs d'Automobiles“ war Berlin nur für den Autobestand, nicht aber für die Automobilmotoren freigegeben worden, um die Bedeutung und Durchschlagskraft der im April 1951 in Frankfurt/M. stattfindenden ersten internationalen Automobilausstellung in Deutschland nach dem Kriege nicht abzusinken, so ist das letzte Ende ein Verdienst der amerikanischen Besatzungsbehörde, die sich mit aller Energie für die Durchführung dieser Schau im Interesse des Platzes Berlin einsetzte. Mit dieser Unterstützung wurden alle entgegenstehenden Schwierigkeiten und Bedenken aus dem Weg geräumt, und in der abgelaufenen kurzen Zeit von ein- bis zwei Monaten eine Schau auf die Höhe gestellt, die sich neben den Vorkriegsausstellungen dieser Art in Berlin sehen lassen konnte.

offensichtlich vorhandene Lücke in der Fahrzeugproduktion schließen will.

Daß auch die ausländische Kraftfahrzeugindustrie die Berliner Schau für „voll“ nahm, beweist die Tatsache, daß aus Amerika nicht nur in Gestalt des „Rambler“ vom Nash der derzeitige „amerikanische Volkswagen“ in offenkundiger Anpassung an die deutschen Verhältnisse erstmals der Öffentlichkeit gezeigt wurde, sondern auch, daß Kaiser-Frazer mit 1951er Modellen aufwartete.

Waren somit von der Ausstellungsebene her alle Vorbedingungen für ein Gelingen der Berliner Autoschau 1950 erfüllt, so zeigt der überraschend starke Besuch der Schau, daß Berlin der Resonanzboden für Veranstaltungen dieser Art in Deutschland gebietet ist. Am Pfingstmontag wurde mit 71.000 Besuchern ein absoluter Tagesrekord auf dem Berliner Messegelände erreicht, — die ursprünglich nur auf eine Woche berechnete Ausstellung wurde um drei Tage bis zum 7. Juni verlängert. Das geschäftliche Ergebnis wird von deutschen Firmen als über Erwartung günstig bezeichnet. Wenn sich auch das Kaufinteresse in erster Linie auf den Kleinwagen bis zum Volkswagen richtete, so haben doch auch wertvollere ausländische Wagen ihre Liebhaber gefunden. Durch eine besondere Vereinbarung konnten die auf der Schau stehenden möglichen Wagen gegen DM gekauft werden, mit dem Erfolg, daß bereits am ersten Vormittag eine englische Firma — wie in der englischen Presse zu lesen war — ihre 13 ausgestellten Wagen verkauft hatte.

Der in dieser Höhe nicht erwartete Umsatz an deutschen wie an ausländischen Fahrzeugen — insgesamt waren auf der Schau 148 Personen-, 71 Liefer- und 24 Lastwagen, 10 Omnibusse, Feuer-Motorkrieger, Schlepper, Zugmaschinen, Anhänger und Sonderfahrzeuge — ist zum großen Teil durch den seit Jahren

ungedeckten Bedarf an Kraftfahrzeugen in Berlin und in der Ostzone mit bedingt. Mit einer einmaligen Schau ist diese Nachfrage nicht befriedigt; die westdeutsche Kraftfahrzeugindustrie wird sicher nicht sagen, die richtigen Schlüsse aus dieser Erfahrung zu ziehen. Zum Teil sind die Konsequenzen bereits gezogen worden. Nicht nur, daß der Präsident des westdeutschen Verbandes der Automobilindustrie, der der Eröffnung der Ausstellung ursprünglich nur als inoffizieller Beobachter betrautet wurde, unter dem überwältigenden Eindruck der Schau doch das Wort nahm und die Glückwünsche der westdeutschen Automobilindustrie übermittelte, auch in anderer Hinsicht kann an dem Erfolg der Berliner Autoschau 1950 nicht vorbeigegangen werden.

Die Entscheidung des Bureau Permanent, daß die erste offizielle Nachkriegs-Automobilausstellung in Deutschland im April 1951 in Frankfurt/Main stattfinden sollte, bildet im Hinblick auf die derzeit weit größeren Ausstellungsmöglichkeiten in der Main-Metropole bestehen. Zwischen dem Verband der Automobilindustrie und der Stadt Frankfurt ist der Vertrag über die Überlassung des Messegeländes in diesen Tagen geschlossen worden, wobei der Termin jedoch noch offensteht, da die Besprechungen mit dem italienischen Automobilverband zwecks Vermiedung einer Überschneidung mit dem nächstjährigen Automobilsalon in Turin, noch nicht beendet sind. Man wird aber nach dem diesjährigen Erfolg nicht umhin können, auch im nächsten Jahr wieder in Berlin eine Automobilausstellung zu veranstalten. So dürfen auch die Werte Präsident Theodor Wenzel (VDA) bei der Eröffnung der diesjährigen Berliner Automobilschau verstanden werden, daß Frankfurt sich hinsichtlich der Durchführung der internationalen Automobilausstellung 1951 lediglich als Statthalter Berlins betrachte.

Bremer Hellingen beleben sich wieder

Auf den Bremer Hellingen, die jahrelang verfallen lagen, in den Werthallen, die zum Teil betriebsfremden Zwecken dienen, ist wieder Leben eingezogen. Die Häuser dröhnen, wenn sich Niets auf Niets in den ehernen Leib der Schiffe senkt. Die Beschäftigung in den sechs größten Bremer Werften hat jetzt nicht einmal einen gewissen Höhepunkt erreicht. Beim Bremer Vulkan, bei der Seebeckwerft, beim Norddeutschen Lloyd, bei der Aktiengesellschaft „Weese“, bei der Rickmers Werft und der Schiffbau-Gesellschaft „Unterweser AG.“ sind zur Zeit rund 10.000 Menschen beschäftigt, 65 Prozent aller an der Unterweser im Schiffbau Tätigen. Die übrigen 2000 Beschäftigten verteilen sich auf die kleineren Werftbetriebe, von denen fünf mit je 100 bis 500 Ar-

beitkräften insgesamt etwa 1000 Arbeiter und Angestellte in Arbeit haben. Die auf den Werften der Unterweser insgesamt vorhandenen 10.000 Arbeitsplätze sind also noch lange nicht wieder voll besetzt. Eine Vollbeschäftigung wäre erst bei einer gründlichen Streuung der Aufträge nach Freigabe aller jetzt noch bestehenden Baubestrenkungen

Anzahl	Schiffstyp	Größe (BRT)	Tonnage (BRT)
3	Motorschiffe	8000	18.000
12	Motortrawler	1200-2700	29.000
3	Dampfschiffe	1200-2700	8.800
1	Dampfschiff („Argo“)	6200	6.200
	Frachtdampfer insgesamt		60.000
12	Fischdampfer	510-550	6.520
3	Fischerei-Motorschiffe	420	1.200
	Fischdampfer insgesamt		7.720

Außer den vorgenannten Neubauten haben die Unterweser-Werften noch eine ganze Anzahl Instandsetzungs- und Reparaturaufträge vorliegen, auch einige Auslandsaufträge für Fischereifahrzeuge, Fährboote, Segeljachten als Neubauten sowie einige Reparaturen an ausländischen Überseeffischen. Der vorjährige Betrag von 9 Mill. DM für Auslandsaufträge dürfte in diesem Jahr weit überschritten werden. In Werftkreisen schätzt man, daß bereits im Jahre 1949 bei ungeänderter Bauausführung Auslandsaufträge im Betrage von rund 30 Mill. DM hätten heringekommen werden können.

Nach der inzwischen erfolgten Klärung der Finanzierungsfrage bei See-schiffen wäre es nach Meinung der Bremer Werftindustrie sinnvoller an der Zeit, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Bundesregierung finanzielle Mittel für die solange zurückgestellten Modernisierungs- und Ersatzbauwünsche der Binnen-schiffahrt bereitzustellen. Trotz ihres verhältnismäßig reichlich vorhandenen Bestandes an Schiffeinheiten infolge der Überführung großer Teile des Fahrzeugparks der Elbe und der Oder auf die westdeutschen Binnenwasserstraßen bedürfte die deutsche Binnen-schiffahrt dringend der Auffrischung und Erneuerung. Etwa 20 Prozent der deutschen Binnen-schiffahrtflotte besteht aus über 40 Jahre alten, die Hälfte aus über 50 Jahre alten Schiffen. Bei den zunehmenden Anforderungen an die Geschwindigkeit des Transports, — so wird argumentiert, — sei die Ersetzung der überalterten Schleppkähne durch moderne selbst-

geführten einmündlich des Baues für fremde Rechnung zu erwarten. Heutzutage nehmen die größeren Betriebe auch kleinere Objekte, vor allem Fischdampfer und Heringsdampfer in Arbeit und entziehen damit den kleineren Werften Aufträge auf deren ungenügendem Tätigkeitsgebiet. Infolge dieser ungenügenden Entwicklung haben einzelne mittlere und kleine Werften bereits Entlassungen vornehmen müssen, die sich voraussichtlich in den nächsten Wochen noch fortsetzen werden. Bei den großen Werften besteht dagegen noch ein gewisses Tendenz zu Neueinstellungen, so daß die Gesamtbeschäftigtenzahl in der Werftenindustrie noch konstant bleiben dürfte.

Nach dem Stande vom 1. Juni 1950 befinden sich auf den Bremer Werften folgende Schiffskategorien in Bau:

Neuer Arbeitgeberverband in Berlin

Auf dem Gebiet der Metallindustrie ist es jetzt zur Bildung einer Arbeitgeberorganisation gekommen, die als „Arbeitgeberverband der Berliner Metallindustrie e. V.“ firmiert und die Büro Sitz in Berlin W. 15, Kurfürstendamm 24/25 hat. Der neue Verband umfasst einen außerordentlich wichtigen Teil der Westberliner Wirtschaft. Er vereinigt sämtliche Betriebe der Westberliner Metallindustrie, wie insbesondere die Elektroindustrie, die Maschinen-, Geräte-, Werkzeug- und Apparate-, die Feinmechanik und Optik. Er gehört dem westdeutschen Spitzenverband der Metallindustrie sowie der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in der Bundesrepublik als Mitglied an.

Wenn er auch selbstverständlich ist, daß sich der neue Verband das Ziel gesetzt hat, gegenüber den Behörden die Interessen der Arbeitgeber zur Geltung zu bringen und seine Mitglieder auf dem Gebiet sozialpolitischer, sozial- und arbeitsrechtlicher Fragen fachkundig zu beraten und auch zu vertreten, so ist doch andererseits damit erstmalig in Westberlin eine Lenkungs-gesellschaft geworden, die als ein Partner der Gewerkschaften zu betrachten ist. Damit ist zumindestens eine Lücke geschlossen worden, die bisher bestand. Auch die Gewerkschaften hatten bisher keine Möglichkeit, die Interessen ihrer Mitglieder wirksam zu vertreten, weil sie keinen Verhandlungspartner hatten, mit dem allgemein verbindliche Regelungen getroffen werden konnten.

Preisverhältnis West - zu Ost-Berlin

Ostberliner kaufen lieber in Westberlin, auch wenn es etwas teurer ist

Das Preisniveau für die breiten Konsum-Lebensmittel lag bei der HO (Handelsorganisation) im Ostsektor Berlin Ende Mai im Durchschnitt fast achtmal so hoch wie in den Westsektoren, wird in dem Wochenbericht des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin vom 1. Juni festgestellt. Wenn man etwa 6,50 Ostmark für eine Westmark erhält, dann bedeutet das, daß in Ostberlin für die gleiche Auswahl von Lebensmitteln etwa 15 v. H. Westmark mehr aufzuwenden waren als in Westberlin. Dieses Preisverhältnis war durch die allgemeinen Kurschwankungen und die starken Preisrückgänge in Westberlin sowie durch die von Zeit zu Zeit vorgenommenen HO-Preisenkungen in dem letzten halben Jahr allerdings ständig Veränderungen unterworfen.

berliner Artikel etwa 25 Proz. für einzelne sogar bis zu 30 Proz. geringer sein als für ähnliche Westberliner Artikel. Jedoch bewirkt auch hier die in Westberlin gebotene überreiche Auswahl an Waren aller Arten, Qualitäten und mäßlichen Nuancen, besonders auch bei den höherwertigeren Gütern, die in Ostberlin nicht vorhanden sind, für die aber in der Bevölkerung nach den entbehrungsreichen Kriegs- und Nachkriegsjahren besonderes Interesse besteht, daß ein großer Teil der Ostberliner Bevölkerung vorzöge, ihre Preise in Kauf zu nehmen und die Westberliner Artikel gegen Westmark zu kaufen.

Der Bericht des Instituts folgert daraus, daß die Kaufkraft der Ostmark im Rahmen des gesamten Verbrauchs-güter-Angebotes unter Berücksichtigung des Wechselkurses infolge der noch immer sehr mangelhaften Versorgung der Ostzone tatsächlich geringer ist als das Verhältnis zwischen West- und Ostmarkpreisen andeuten. Die Gefahr, daß Westmark in sensiblen Umläufen für Käufe in Ostberlin auszugeben würde, sei insbesondere geringe. Welche Bedeutung sie bei einer evtl. gestärkter Versorgung Ostberlins und der sowjetischen Zone einmal erhalten könne, hängt von der künftigen Preisentwicklung, von der Breite des Warenangebotes in Westberlin sowie vom Kursverhältnis ab.

Ein Vergleich zeigt, daß die Preisdifferenz in West- und Ostberlin für die einzelnen Lebensmittelgruppen sehr unterschiedlich ist. Es ergibt sich, daß zur Zeit in Ostberlin die Preise für die stofflichen Lebensmittel, wie Backwaren, einige Nahrungsmittel und Marmelade das 5-7fache, für Gemüse etwa das 2-3fache der Westberliner Preise betragen. Die sind also, über den Kurs hinweggerechnet, in Ostberlin billiger als in Westberlin. Die Preise der höherwertigen Lebensmittel aber, also gerade derjenigen Waren, die auch die Ostsektorenbevölkerung zusätzlich zu ihrer Versorgung nach Karten am nötigsten braucht, betragen bei Zucker das 10fache, bei Fett das 8-10fache und bei einzelnen Wurstsorten, Milch und Käse etwa das 1,5-2fache der Westberliner Preise. Diese Lebensmittel kosten also in Ostberlin — über Kurs gerechnet — zum Teil ebensoviel, zum Teil mehr als in Westberlin. Ein Ausnahmefall bilden die Eier, deren Preis seit Ende Mai in Ostberlin nur noch das 4/5fache gegenüber Westberlin beträgt.

Das Preisverhältnis für Bekleidung und Textilien, wie sie von der HO angeboten wurden, ergibt für West- und Ostberlin etwa folgendes Bild:

	im Durchschnitt
Oberbekleidung	1:4 bis 1:5
Schuhe	1:2,5 bis 1:4,5
Leibwäsche	1:2
Haarwäsche	1:1,5
Stoffe für Bekleidung	1:2
Peize	1:2 bis 1:4
Teggele, Vorhang u. Möbelstoffe	1:2 bis 1:4

Bei einem Kurs von 7.— Ostmark für eine Westmark kann also der Aufwand an Westmark für manche Ost-

Neue Möglichkeiten der Steuerersparnis

eröffnet die jetzige Fassung des § 7 c des Einkommensteuergesetzes. Betriebliche Aufwendungen für den sozialen Wohnungsbau (in Form von Zuschüssen oder zinslosen Darlehen) sind nun bei buchführenden Betrieben, unabhängig vom Zeitpunkt der Hingabe als Betriebsausgaben oder als Werbungskosten gewinnmindernd zu buchen. Sie können also

- 1 sehr viel Steuer sparen und
- 2 die Arbeitsfreude in ihrem Betrieb steigern, wenn Sie Ihren Mitarbeitern eine wesentliche Beihilfe zur Lösung ihrer Wohnungfrage leisten.

Als besonders vorteilhaft erweist sich dabei die Einschaltung von BADENIA-Bausparverträgen in einen betrieblichen Siedlungsplan, der mehreren Jahresabschritten durchgeführt wird. Beachten Sie bitte: BADENIA-Bausparverträge sichern einen Rechtsanspruch auf II. Tilgungshypotheken zum niedrigen Zinssatz von

4 1/2 Prozent

Fordern Sie bitte unter Bezug auf diese Anzeige ein besonderes Angebot für ein näher vorkommendes Projekt an.



BADENIA-Bausparkasse G.m.b.H. Karlsruhe

Südendstr. 12
Telefon 80 86

Sommerkonjunktur in den USA

Rückgang der Arbeitslosigkeit — Weitere Autokonjunktur

Die inflationären Einflüsse sehen noch im vollen Umfange in Kraft, die Ansätze der Geschäftswelt über die zukünftige Entwicklung sehen geteilt und aus einer Abbremsung des inflationären Trends würde die Wirtschaft der Vereinigten Staaten wahrscheinlich Nutzen ziehen, stellt die National City Bank of New York in ihrem Wirtschaftsbericht für Juni fest. Es sei wahrscheinlich, daß es im Sommer oder im Herbst zu einem starken Anstieg im Geldmarkt kommen werde. Bleibt die Stimmung der Geschäftswelt bis dahin gut, so ist damit zu rechnen, daß die Nachfrage nach Waren durch die Geldfülle eine neue Anregung erfahren anstatt nachzulassen. Indessen stößt man auch auf die Meinung, so führt der Bankbericht fort, daß die starken Investitionen in der Nachkriegszeit die Leistungsfähigkeit der nordamerikanischen Industrie auf einen Stand gebracht haben, den sie bisher in ihrer Geschichte nie erreicht hat. Die Vertreter dieser Ansicht weisen darauf hin, daß die Schattenseiten der nordamerikanischen Wirtschaftsstruktur in dem Rückgang der Ausfuhr, in geringeren Ausgaben für Investitionsgüter, in der sinkenden Kaufkraft der Farmer, in der größeren Arbeitslosigkeit der Stadtbevölkerung und in der höheren Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters zu suchen sind. Die Wirtschaftsbeobachter dieser Richtung meinen, daß die derzeitige Nachfrage nach Automobilen und nach Wohnhäusern ansehnlich und daß sie sich nicht für unbegrenzte Zeit fortsetzen werde. Die Möglichkeit einer stärkeren Zurückhaltung der Käufer trägt ebenfalls dazu bei, so schließt der Bericht, eine Kraft gegen die inflationären Tendenzen, die der nordamerikanischen Wirtschaft innenwärtig entstehen zu lassen. Die derzeitige Lage sei so, daß die nordamerikanische Wirtschaft durch größeren Rückhalt in den öffentlichen und privaten Ausgaben Nutzen ziehen würde.

Infolge der zunehmenden Beschäftigung in der amerikanischen Industrie und Landwirtschaft ging die Arbeitslosigkeit in den USA im vergangenen Monat auf drei Millionen zurück und erreichte damit den niedrigsten Stand seit April 1949. Die Zahl der Beschäftigten hat sich gleichzeitig um 897 Millionen erhöht. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist auf die Beschäftigung in der Landwirtschaft

und vor allem auch im Baugewerbe zurückzuführen. So betrug der Wert der im Mai in den USA in Angriff genommenen Bauarbeiten nach einem Bericht des Arbeits- und Handelsministeriums 1,3 Milliarden Dollar. Davon entfielen rd. 900 Mill. Dollar auf die öffentliche Hand. Fast die Hälfte der Gesamtaufwendungen sind für den Wohnungsbau bestimmt. Damit übertrifft die Bautätigkeit im Mai selbst die Zunahme der Bautätigkeit im Mai und selbst die saisonbedingten Monatspitzen der vergangenen zwei Jahre. Die Zunahme der Bautätigkeit in den ersten fünf Monaten 1950 betrug gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres 21 Proz.

Die amerikanische Autoindustrie meldet nach wie vor Rekordproduktionen, allerdings spielte hier der Anfall der Chrysler-Werke — der Streik in diesen Werken dauerte etwa 100 Tage — eine Rolle. Bisher werden mit der Wiedereinstellung des drittgrößten amerikanischen Autokonzerns in die Produktion die Rekorde der übrigen Autoproduzenten zurückfallen. Jedenfalls ist der gesamte Ausstoß der amerikanischen Autofabriken auf dem amerikanischen Markt glatt untergebracht worden, ja die Herstellung konnte mit der Nachfrage nicht einmal Schritt halten. Das zeigt die Zahl der Autos, die für Gebrauchtwaren, der eine weitere Belebung erfahren hat. Die Preise für gebrauchte Wagen sind im Durchschnitt um 19 bis 18 Prozent gestiegen. Der Kraftwagenexport zeigt einen weiteren Rückgang: im ersten Vierteljahr 1949 wurden noch 44.921 Personenzwagen und 41.274 Lastautos exportiert, im gleichen Zeitraum 1950 nur 23.650 Personenzwagen und 27.900 Lastkraftwagen. Andererseits vermindert die britische Produktion in der Hauptsache Kleinwagen auf dem amerikanischen Markt unterzubringen, die sich steigender Beliebtheit erfreuen. Erfolgreicher hat man das Bestreben, rund 30.000 Kleinwagen im nächsten Jahr auf dem amerikanischen Markt abzusetzen zu können. Man rechnet in den nächsten Monaten der amerikanischen Automobilindustrie mit einer weiteren Autokonjunktur.

In der amerikanischen Eisenindustrie erwartet man bedeutende Bestellungen in Stahlprodukten, so daß die bisherige Preisstabilität von Eisen- und Stahlprodukten bedroht ist. Dies äußert sich bereits durch das Ansteigen der Preise von Eisen und Stahl und von

Stahlschrott. Stahlschrott wurde bereits von 27,50 bis auf 38,50 Dollar je Tonne erhöht. Gleichzeitig erhöhte z. B. die Sharon Steel Corp. ihre Stahlpreise um 3 bis 7 Dollar je Tonne. Die größten Stahlproduzenten planen allerdings noch keine Erhöhung ihrer Stahlpreise. Sie haben außerdem Verträge über Lieferung von rund 200.000 Tonnen Stahlschrott aus Europa abgeschlossen, und zwar zu sehr vorteilhaften Preisen.

Das American Iron and Steel Institute berichtet, daß die amerikanische Stahlproduktion 1948 Prozent ihrer theoretischen Produktionskapazität erreicht habe. Die Nachfrage nach Stahl berechtigt zu der Hoffnung, daß man sich im zweiten Vierteljahr die Produktion auf hohem Niveau wird halten können. Da aber eine Wirtschaft nur einmal nicht ununterbrochen auf höchstem Niveau zu laufen pflegt, so rechnet man in der amerikanischen Wirtschaft mit der Notwendigkeit eines neuen Stimulans, wie der Vizepräsident der Bank von Manhattan sich äußert.

Gesteigerter Rohstoffbedarf

Der Preisindex für 28 Ausgangsprodukte hat nach den Angaben des Amerikanischen Anlages für Arbeitsstatistik Anfang Juli einen Stand von 277,3 Prozent im Vergleich zum Niveau von August 1939 erreicht. In dieser Entwicklung spiegelt sich die steigende Nachfrage der amerikanischen Industrie nach ausländischen Rohstoffen wider.

Nach Ansicht von Kreisen der Londoner City hat die überwiegend politisch bedingte Vorratspolitik der USA ebenso wie die der anderen Großmächte die Häuser auf dem Weltrohstoffmarkt herbeigeführt.

Die amerikanischen Großhandelspreise für Verbrauchsgüter erreichten nach der amerikanischen Statistik Ende Mai 158,8 Prozent des Durchschnitts von 1929. Sie lagen damit um 1,5 Prozent über denen des Vormonats. Mit einer Preiserhöhung ist jedoch nach Ansicht der Zeitschrift „US News and World Report“ nicht zu rechnen, da die Preise für Fertigwaren gegenwärtig feststehend um rund 9 Prozent unter dem Nachkriegsstand liegen.

Starker Rückgang des Außenhandels im April

Die Ver. Staaten führten im April nur für 383 Mill. Dollar ein gegenüber 684 Mill. im März, macht das Handels-

bilanzier bekannt. Der Gesamtexport in den ersten vier Monaten 1950 erreichte 7419 Mill. Dollar, während in der gleichen Zeit des Vorjahres nur Waren für 6923 Mill. Dollar herbeigekommen. Auch die Ausfuhr war im April mit 608 Mill. Dollar rückläufig gegenüber 688 Mill. im März. Die Ausfuhr in den ersten vier Monaten betrug 5585 Mill. Dollar gegenüber 5200 Mill. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Es wird angenommen, daß die Ausfuhr ministerium bekannt. Der Gesamtexport in den ersten vier Monaten 1950 erreichte 7419 Mill. Dollar, während in der gleichen Zeit des Vorjahres nur Waren für 6923 Mill. Dollar herbeigekommen. Auch die Ausfuhr war im April mit 608 Mill. Dollar rückläufig gegenüber 688 Mill. im März. Die Ausfuhr in den ersten vier Monaten betrug 5585 Mill. Dollar gegenüber 5200 Mill. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Es wird angenommen, daß die Ausfuhr

Infolge von Waffenlieferungen nach Europa in nächster Zeit wesentlich steigen wird.

Privateinkünfte steigen weiter

Die privaten Einkünfte beliefen sich im Monat März auf 222.700 Millionen Dollar, um 3800 Mill. Dollar mehr als im vorangegangenen Monat. Drei Viertel dieser Erhöhung sind allerdings auf die Steigerung der Kohlenarbeitereinkünfte und auf die Erhöhung der Vergütungen an Kriegsveteranen zurückzuführen. Die tatsächliche Zunahme belief sich also auf eine Milliarde Dollar. Die landwirtschaftlichen Einkünfte sind um 40 Mill. Dollar zurückgegangen und stehen bei 18 Milliarden Dollar.

Industrielle Fortschritte in Jugoslawien

In der Nähe von Kranj in Slowenien hat ein neu errichtetes Chemiewerk die Produktion von silbermetallurgischen Chemikalien aufgenommen. Die Fabrik wird mit einer modernen Anlage zur Herstellung von Chemikalien ausgestattet. Die Ljubovca Aluminiumfabrik in der Nähe von Sibirnik in Dalmatien produziert neuerdings eine Aluminiumlegierung für Zylinderblöcke und andere Lastaggregate. Die Legierung zeichnet sich durch eine hohe Hitzebeständigkeit aus und schafft die Möglichkeit, alle 1700-Bestände im Inland herzustellen. Die ersten Serien von Baumaschinen, werden Mitte Juni von den Werkzeugmaschinenbetriebs Ivo Lela in Ljubljana in Belgrad in der Nähe von Belgrad gefertigt. Damit können Großbauten erstmals mit Hilfe jugoslawischer Baumaschinen errichtet werden. Außerdem wird bekannt, daß in einer Fabrik in Kranje und in anderen Betrieben der Branche Tauchermotoren,

ebenfalls Neuhöfen in der jugoslawischen Industrie, hergestellt werden.

Steigerung der Kohlenförderung

Kürzlich stattgefundenen Untersuchungen in dem Zvezdan-Bergwerk in der Nähe von Zajecar haben zur Entdeckung neuer Kohlenlager von schätzungsweise 5 Mill. t geführt. Ihr Abbau wird vorbereitet. Sechs Kohlengruben in Slowenien haben ihr Potenzial für den Monat Mai überschritten.

Weiterer Ausbau der Industrie in Kroatien

Für den industriellen Ausbau Kroatiens sind in diesem Jahr 54 Milliarden Dinar bereitgestellt worden. Den Hauptanteil erhält die Erdölindustrie für die Aufschließung neuer Felder, reicher Ölfelder und den Bau moderner Raffinerieanlagen in den zwei bestehenden Raffinerien sowie für die

Auswertung der Ölfeldervorkommen des Landes. Eine große Fabrik, die alle benötigten industriellen Anlagen für die Bohr-, Förder- und Verarbeitungsarbeiten liefert, steht vor der Vollendung, womit Jugoslawien den Anfall der Maschinenlieferungen aus den Kominternstaaten wettmachen wird. Nach den Angaben der „TANJUG“ wird es durch diese Anstrengungen möglich sein, die Deckung des Inlandsbedarfs an Erdölprodukten aus der jugoslawischen Produktion zu erzielen. Weitere Investitionen sind für die Schwer- und Grundstoffindustrie vorgesehen. In den Eisenwerken von Sisak wird in diesem Jahre der zweite Hochofen vollendet, der zusammen mit dem im Vorjahr gebauten Hochofen zwei Rohbleihöfen produzieren wird, wie sämtliche Eisenwerke Jugoslawiens im Jahre 1952. Unter den sonstigen zu errichtenden Industrieanlagen sind noch die neue, große Gießerei der Werkzeugmaschinenfabrik „I. Ma“ in Agram, die neuen Anlagen der Elektromotorenfabrik „Jade Koncar“ für den Bau von Generatoren und Transformatoren (die 1951 nicht weniger als 37 neue Kraftstromwerke maschinell ausarbeiten soll) und der Ausbau der Waggonfabrik „Djuro Djakovic“, die eine der größten Schmelzeisen- sowie neue Maschinenfabrik errichtet und künftig auch schwere Dampfzylinder und sonstige Schwermaschinen bauen wird, erwähnenswert.

Gute Ernte erwartet

Nach Berichten des jugoslawischen Landwirtschaftsministeriums erwartet Jugoslawien eine Weizen- und Maisernte wie sie seit zehn Jahren nicht mehr gesehen wurde, insbesondere in der Weizenkammer des Landes, in der Woiwodina. Im Süden des Landes wird eine ausgezeichnete Tabak- und Opiumernte erwartet.

Der afrikanische Markt

Gemeinsames Absatzgebiet des deutsch-französischen Maschinenbaus

Als eine der wichtigsten Auswirkungen des Schuman-Planes hat der französische Außenminister die gemeinsame Belieferung des afrikanischen Marktes durch die deutsche und französische Eisenverarbeitende Industrie und den Maschinenbau bezeichnet. Erfreulicherweise ergänzen sich die beiden Industriezweige recht glücklich, wie der nächste Mitarbeiter des Präsidenten des französisch-afrikanischen Studienausschusses, Erik Labonne, auf der Marokko-Anstaltung in Saarbrücken erklärte.

Erik Labonne, der ehemalige französische Botschafter in Moskau und Generalsekretär in Paris hat im vergangenen Jahr eine Denkschrift an die französische Regierung gerichtet, in der er den Ausbau von vier großen Industriekombinaten im afrikanischen Wirtschaftsräumen vorschlug. An der afrikanischen Grenze soll das „Kombinat Nr. 1“ der „Zona“ der „Zones d'Organisation Industrielle en Afrique“ errichtet werden, wo die Voraussetzungen bereits erheblich fortgeschritten sind und das vor allem die Erschließung von Bergwerken, bedeutet. Das „Kombinat Nr. 2“ an der algerisch-tunesischen Grenze wird in erster Linie der Ausbeutung von Eisen- und Blei- und Zinkvorkommen in der Gegend von Uena und Dacheria dienen. Von „Kombinat Nr. 3“ in Guinea erwartet man eine beträchtliche Eisen- und Bauxit-Ausbeute und die Regulierung der Wasserstraßen und im Raum des „Kombinats Nr. 4“ auf Madagaskar sollen in der Nähe von Sakoa Eisen-, Kupfer- und Kohlevorkommen ausgenutzt werden.

Der deutsche und der französische Maschinenbau

In erster Linie aber sollen deutsche und französische Maschinen- und Werkzeugsfabriken zum Ausbau der Eisenbahnen, der Kraftwerke und der Lebensmittelindustrie eingesetzt werden. Die Stärke des französischen Maschinenbaus besteht bekanntlich in Werkzeugmaschinen, Kraftfahrzeugmotoren, Kranen und Förderanlagen, Textilmaschinen und Bismaschinen, während sich der deutsche Maschinenbau mehr auf die schweren Modelle der Elektro-Großmaschinen, der Gasmotoren, der Kompressoren, Hochdruck-

pumpen, Dampfmaschinen und Dieselmotoren konzentriert hat. Eine Zweiteilung dieser Aufgaben läßt sich bei gutem Willen sehr gut durchführen und auf die einzelnen Kombinate verteilen.

Zum Bau neuer Eisenbahnen im afrikanischen Wirtschaftsraum wird der deutsche Lokomotivbau neben dem französischen eine dankbare Aufgabe bieten. Frankreich hat zwar selbst vorzügliche neue „Elektrolokomotiven“ herausgebracht. Die berühmten deutschen Maschinenfabriken Henschel, die bereits seit Jahren den afrikanischen Markt beliefern, Ormstein & Koppel, Bergis und Krupp sind jedoch in der Lage, moderne Diesellokomotiven mit Öl- und Elektroantrieb für den Grob- und Mittelbetrieb sowie Kohlenstahllokomotiven zu liefern, die mit Hilfe der in Afrika vorhandenen Braunkohlengruben beschickt werden können. Auch der überarbeitete deutsche Waggonbau wird durch Lieferung seiner neuartigen doppeldeckerigen Wagen auf dem afrikanischen Verkehrsnetz dankbare Aufgaben finden, vor allem durch den Absatz sogenannter „stabilisierter Eisenbahnwagen“, die mit Ausgleichsvollern versehen sind. Die künftigen Elektrowerke werden deutsche Großturbinen dringend benötigen, nachdem der französische Turbinenbau durch Lieferungen für den Wiederaufbau in Lothringen und im Pas de Calais vollbeschäftigt ist. Deutschland ist auch in der Lage, neuartige Gasturbinen mit offenem und geschlossenem Kreislaufprozess zu liefern sowie Gleich- und Überdruckturbinen aller Art. Die projektierten Bergwerke werden zweifellos auch auf moderne deutsche Bergbaumaschinen zurückgreifen, auf Panzerförderer zur vollmechanischen Steinkohleabfuhr, auf Universalbagger für den Tagebau der Braunkohlengruben und auf neuartige Hydrozylinder- und Druckluftmaschinen deutscher Bauart.

Intensivierung der Landwirtschaft

Neben den Aufgaben schwerindustrieller Ausbeutung und Verkehrsförderung werden der französische und der deutsche Maschinenbau die Förderung der Landwirtschaft und die Errichtung einer eigenen afri-

kanischen Lebensmittelindustrie im Auge behalten müssen. Deutschland ist in der Lage, schwere Traktoren, Ackerschlepper und Erntemaschinen neuester Bauart beizubringen, nachdem in Algerien und Tunesien bereits leistungsstarke Fabriken für leichtere Landmaschinen und Geräte errichtet worden sind. Auch die Baumaschinen werden bei der Industrialisierung Afrikas zum Zug kommen, vor allem neuartige „Brückenmacher“ für Betondecken und moderne Maschinen für das Betonpumpverfahren. Auch der deutsche Brückenbau wird neue Klappbrückenmodelle und Eisenbrücken für die innerafrikanischen Ströme zur Verfügung stellen können. Schließlich werden für den Ausbau der afrikanischen Häfen deutsche und spanische Krane und Hebezeuge benötigt werden, zumal eine spanische Maschinenfabrik eine der modernsten Krananlagen in Antwerpen errichtet hat.

Der nordafrikanische Markt

Auf dem nordafrikanischen Markt neuerlicher Produktionsmittel wird das bereits erwähnte, an der Grenze von Algerien und Tunesien gelegene „Kombinat Nr. 1“ der „Zona“ größere Mengen von Bergbaumaschinen und Eisenbahnmaterial benötigen. Daneben aber besteht in Marokko ein starker Bedarf an Fabriken für die Auswertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Fleisch, Wolle und Häute werden die marokkanische Landwirtschaft zu einem stärkeren Exportfaktor machen. Moderne Krananlagen sind vor allem für den Hafen von Casablanca vorgesehen. In Algerien werden der Lokomotiv- und Waggonbau sowie die Elektroindustrie neue Aufgaben erhalten, dazu bedarf das algerische Telefonnetz einer gründlichen Erneuerung. Daneben sollen Bleich- und Konserviermaschinen, Aluminiumwerke, Zementfabriken, Ziegeleien, Mühlen und Lebensmittelabriken in größerem Umfang errichtet werden. Auch in Tunesien werden in erster Linie neue Getreide- und Kälteanlagen, moderne Schlachthäuser und Verkehrsförderung werden der französische und der deutsche Maschinenbau die Förderung der Landwirtschaft und die Errichtung einer eigenen afri-

Luxemburg zwischen den größeren Nachbarn

Die Wirtschaftslage Luxemburgs kann immer noch als durchaus befriedigend bezeichnet werden, auch wenn im vergangenen Jahr der Absatz kleiner war als in den vorhergehenden Jahren, was allerdings auch ein großer Nachholbedarf vorhanden war. Der Monatsdurchschnitt der Kennzahl für die Industrieerzeugung betrug 1949 im Durchschnitt 119 (1947/38 gleich 100). Allerdings bedeutet dies im Vergleich zu den Vorjahren einen gewissen Rückgang, der aber nicht bei allen Industriezweigen gleich groß war. Die wichtigsten Produktionszweige traten im vergangenen Jahre bei der letzten konjunkturfürderlichen Eisen- und Stahlindustrie auf, die ihren Produktionshöhepunkt im März mit einem Index von 131 erreichte. In den darauffolgenden Monaten ergab sich ein ständiger Rückgang, bis im Oktober mit 84 der Tiefpunkt erreicht wurde. Im November begann sich die Industrie wieder zu erholen. Die Steigerung setzte sich in den ersten Monaten 1950 fort, auch wenn die Konkurrenz auf den Exportmärkten (vor allem Frankreichs) immer weiter zunahm, wodurch die Preise, die im vergangenen Jahr schon abrückelten, niedrig blieben.

Der Umstand, daß Deutschland, einer der wichtigsten Abnehmer, heute so gut wie nichts mehr kauft, wirkt sich natürlich sehr nachteilig aus. Ein Lichtblick für die luxemburgische Eisen- und Stahlindustrie sind die besseren Ausfahrchancen in das Sterlinggebiet und die Ver. Staaten.

Für die metallverarbeitende Industrie, sowie die Stein-, Holz- und Möbelindustrie war das Jahr 1949 zufriedenstellend. Diese Betriebe finden für ihre Erzeugnisse in erster Linie im Inland ausreichenden Absatz. So liefern sie an die Eisen- und Stahlindustrie, an die Eisenbahn und das Baugewerbe. Dem Baugewerbe selbst ging es im vergangenen Jahr nicht schlecht, dagegen mußte die metallverarbeitende Industrie Auftragsrückgänge feststellen.

Die übrigen Industriezweige (vor allem die Leder-, Textil- und Lebensmittelindustrie) haben stark unter der Auslandskonkurrenz auf dem Binnenmarkt zu leiden, andererseits auch durch den Devisenmangel und die hohen Einfuhrzölle der Auslandsabnehmer. Frühere Kunden treten überdies heute als Konkurrenten auf. In der Landwirtschaft wirkt sich die Trockenheit des Jahres 1949 wohl weniger nachteilig aus, als man befürchtet hatte. Die Ernte, vor allem die Getreidernte, war sehr geringfügig. Das Produktionsvolumen betrug 98 Prozent der Jahre 1935-1939.

Der Bruttowert der Agrar-Erzeugung stieg von 1860 Mill. Franken 1948 auf 2020 Mill. Franken im Jahre 1949 (Vorkriegsdurchschnitt 480 Mill. Franken). Die Lebenshaltungskosten blieben im vergangenen Jahr ziemlich stabil. Zwar

stieg die Kennzahl von 1939 im Januar auf 102,8 im Dezember (i. J. 1948 gleich 100), doch ist diese Steigerung um 8 Prozent auf die Abschaffung der Arbeitslosenvergütung zurückzuführen — eine Subvention, die der Staat nicht dem Erzeuger zukommen ließ, wie es allgemein üblich ist, sondern dem Verbraucher. Die Abschaffung dieser Subvention bedeutet für den Verbraucher jedoch keinen Nachteil, da die Löhne entsprechend erhöht wurden, so daß sich der Lebensstandard für den Lohnempfänger im ganzen nicht änderte.

In den ersten Monaten des laufenden Jahres zeigte die Kennzahl für die Lebenshaltungskosten eine geringfügige Senkung, so daß sie im März 100 betrug. Die Preispolitik war 1949 durch einen gewissen Freiheitsgrad gekennzeichnet. Für eine Reihe von Erzeugnissen wurde der seitlich angelegte Preis durch einen Preis, den der Erzeuger selbst an Hand seiner Gesteuerungskosten ausüben konnte, ersetzt. Die Preisabstimmungen wurden drastisch gekürzt, doch konnten sie nicht völlig abgeschafft werden. Es ist auch nicht anzunehmen, daß die in Zukunft geschwenkt wird, da die noch übrigen Subventionen struktureller Art sind (u. a. die Eisenbahnsubventionen).

Die Existenzbedingungen für Handel und Gewerbe haben sich im vergangenen Jahr verschlechtert, u. a. da gewisse Branchen überlastet sind. Die Mäßigung der Schwerekosten geht schon aus der wachsenden Zahl von Wechselprotesten und Konkursen hervor, die sich im Vergleich zu 1948 um 40 Prozent verdoppelt, wenn sie auch immer noch unter der Vorkriegszahl liegt.

Der Außenhandel ist für Luxemburg äußerst wichtig. Die Notwendigkeit für die Industrie müssen größtenteils importiert werden, während die Fertigwaren hauptsächlich im Ausland abgesetzt werden müssen. Zu den bestehenden Absatzschwierigkeiten für non essential goods traten im Jahre 1949 noch weitere hinzu, die durch die zunehmende Sättigung der Weltmärkte hervorgerufen wurden. Davon wurde vor allem die Eisen- und Stahlindustrie betroffen. Die Ausfuhr wurde innerhalb der im Rahmen des ERP den verschiedenen Ländern eingeräumten Zielvorgabe unterstützt. Die einseitige Liberalisierung des internationalen Handelsverkehrs wird ebenfalls begrüßt, weil sich für die luxemburgische Industrie der Freihandel Bedingung für die Wohlstand ist. Andererseits macht diese Entwicklung Sorgen, weil man in Luxemburg fürchtet, daß die Industrie nicht oder zumindest nicht ausreichend dem verschärften Wettbewerbskampf gewachsen ist. Die Löhne in Luxemburg sind sehr hoch, hoch sind auch die Beförderungskosten, so daß man sehr rational wirtschaften muß,

um die Gesteuerungskosten auf angemessene Höhe zu halten. Das läßt sich nur durch Modernisierung der Produktionsanlagen und Steigerung der Arbeitsleistung erzielen. Gestützt das nicht, dann wird sich Luxemburg gezwungen sehen, seinen Lebensstandard entsprechend herabzusetzen.

Die größte Schwierigkeit für die Modernisierung liegt jedoch in der Finanzierung. In Luxemburg fehlt ein Institut, das langfristige Kredite verschafft, während der eigene Kapitalmarkt zu klein ist, um die erforderlichen Beträge zusammenzubringen. Die luxemburgische Unternehmense und daher auf Auslandskapital angewiesen, das zu erhalten gewiß nicht so einfach ist, ganz abgesehen davon, daß das Ausland dann ein Wort mitzureden hat.

Weiter besteht in Luxemburg der Nachteil, daß es keine Stellen gibt, die die Ausfuhr fördern könnten. Exportkredite verschaffen oder gewisse Kapazitäten übernehmen. An sich ist Luxemburg für derartige Stellen zu klein, da dies einen Mindestumfang haben müssen, um überhaupt funktionieren zu können. Es sind daher Bestrebungen im Gange, um mit Belgien gewisse Abmachungen zu treffen, die darauf abzielen, daß sich die luxemburgische Industrie für den Außenhandel des belgischen Départes bedienen kann.

Deutsche Post

Telegramm

Wortzeichen: 16 um — 100

Stempelgebühren: 297

Bremen TF 69/74

Bremen C

AN ALLE, DIE ES ANGEHT —

AUF DER ADAC-DEUTSCHLANDFAHRT 1950 STELLEN WIR IN DER WERTUNGSGRUPPE PKW

BIS 1500 CCM DEN WERTUNGSGRUPPENSTÄRKESTEN UND DEN EINZIGEN

STRAFFPUNKTFREIEN FAHRER VON 14 BEWERBERN STOP BORGWARD-WAGEN WAREN

DIE EINZIGEN IN DER KLASSE, WELCHE DIE KATALOGHAESSTIG GEFORDERTE

GESCHWINDIGKEIT VON 120 KM/H NICHT NUR ERREICHTEN, SONDERN ÜBERSCHRITTEN STOP

ES WAREN FERNER BORGWARD 'HANS 1500', DIE IN IHRER KLASSE DIE BEIDEN

SCHNELLSTEN ZEITEN IN DER BERGPRUEFUNG UND DIE BESTE ZEIT AUF DEM

NÜRBURGRING FUHREN. PREISE: 4 GOLDENE MEDAILLEN, SILBERNER ADAC-BECKER UND

KLEINER MANNCHAFTSPREIS

BORGWARDWERKE BREMEN

Die Borgward-Vertragshändler an allen Plätzen geben Ihnen unverbindlich nähere Auskunft

gegenwärtige Loyalität, die nicht nur Afrika sondern auch Europa zugute kömmt. Dr. Sch.

Ein neutraler Bericht

Das Schweizer Industriekontingente bringt eine von der Schweizerischen Bankgesellschaft veröffentlichte Studie über die Förderung der Bergbau- und Industrieentwicklung in Französisch-Nordafrika. Die Kriegsverluste, so heißt es in dem Bericht, zwangen zu einer verstärkten Kohlenförderung. Von 1938 bis 1948 ist demnach die Kohlenproduktion in Algerien von 12.000 auf 22.000 t jährlich, in Französisch-Marokko von 141.000 auf 200.000 t und in Tunesien — Braunkohle — von 2000 auf 70.000 t jährlich gestiegen. Demnach können jedoch die Kohlenbedürfnisse jener Länder nicht vollständig gedeckt werden. Es ist aber ein Anfang gemacht, der um so beachtenswerter ist, als auch mit fortschreitender Prospektierung in der Erdölgewinnung gewisse Erfolge zu verzeichnen sind und die Elektrizitätserzeugung große Fortschritte aufzuweisen hat. Verhältnismäßig am mineralreichsten ist Marokko, das seine Bergbauproduktion seit 1938 verdoppelt und vor insbesondere Eisen, Zinn und Antimon gefördert wird. Doch finden sich diese Erze auch in mehr oder minder absehbaren Quantitäten in Algerien, teilweise auch in Tunesien. In allen drei Atlasstaaten wird überdies Salz gewonnen. Die Phosphate sind jedoch nach wie vor das weitaus wichtigste bergbauliche Produkt. Sie kommen in verschiedenen chemischen Verbindungen sowohl in Marokko wie in Algerien und Tunesien vor. Die Phosphaterzeugung aller Atlasländer machte im Jahre 1948 mit 5.855.000 t rd. 30% der Weltproduktion aus und wurde nur von jener der USA (9.249.000 t) übertroffen. Sie verteilte sich im erwähnten Jahr auf die einzelnen Länder: Marokko: 3.220.000, Tunesien 1.013.000 und Algerien 723.000.

Von größter Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Französisch-Nordafrikas ist der Ausbau der Elektrizitätswirtschaft, die dort, wo das Wasser zur Krafterzeugung verwendet werden kann, auch für das landwirtschaftliche Bewässerungswesen zu erheblichem Vorteil gestaltet werden kann. Von 1938 bis 1948 hat sich die Erzeugung elektrischer Energie allein in den öffentlich-rechtlichen Kraftwerken in Algerien von 278 auf 483 Mill. kWh, in Marokko von 141 auf 377 Mill. kWh, und in Tunesien von 67 auf 127 Mill. kWh erhöht.

Die geringe Versorgung des Landes mit Auslandswaren während des Krieges hat naturgemäß zu einer Beschleunigung des Ausbaus der vorhandenen Industrie und auch zum Aufbau neuer Industrien geführt, ohne indessen den vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter Französisch-Nordafrikas entscheidend zu verändern. Unter anderem ist die nordafrikanische Zementindustrie bei beträchtlicher Bauaktivität gegenüber der Vorperiode stark gestiegen, nämlich von 1938—48 von rd. 26.000 auf 130.400 t in Algerien, von 125.000 auf 202.000 t in Marokko und von 23.000 auf 123.000 t in Tunesien. Auch die Herstellung anderer Baustoffe hat zugenommen.

Verständlicherweise baut sich die Industrie Französisch-Nordafrikas auf den Rohstoffen oder sonstigen Eigenprodukten des Landes auf. So findet man in Marokko, Algerien und Tunesien die Konservendindustrie fast voll entwickelt; zum Teil sind die Kapazitäten nicht ausgenutzt und zwar werden sowohl Pfand- (Sardellen) als auch die veredeltesten Konservensorten hergestellt. In Tunesien, das zum Teil große Alkoholdestillierereien besitzt, ist auch eine Industrie der Fruchtflüssigkeiten entstanden. Von Bedeutung sind ferner, abgesehen von den Mühlen, jene Industrien, welche sich mit der Verarbeitung der Oelbäume sowie der Oelfrüchte befassen. Auf der den Raffinierungsprodukten werden nun auch Seifen, Kerzen und Farben hergestellt. Auch die Textilindustrie fadet zum Teil in der einheimischen Woll- und in der algerischen Baumwoll- und Rohseidenindustrie wenigstens teilweise zurück. Kunstseide eingeführt werden müssen. Was die Qualität betrifft, steht man noch in den Anfängen; dies gilt auch von der Schindindustrie, die ausländische Konkurrenz nur schwer auszuhalten vermag.

Grundsätzlich geht die Tendenz dahin, die notwendigen Geräte für die Landwirtschaft soweit als möglich selbst herzustellen. Auch die Düngemittelherstellung aus Phosphaten z. B. ist zu einer landeseigenen Industrie geworden, ebenso werden Niederschläge für Konservieren im Lande erzeugt, das erforderliche Blech allerdings eingeführt. Die Gerberei- und Schühnindustrie haben in dem eigenen Viehbestand der Länder ihre Grundlage. Die Korkgewinnung gibt Veranlassung zur

Die Türkei erwartet eine gute Ernte

Der Ausgang der Wahlen in der Türkei hat der demokratischen Partei, die bisher in Opposition stand, einen unerwartet großen Erfolg gebracht. Die überwältigende Mehrheit der Parlamentarier, die die Liberalen strungen haben, hat nicht nur dazu geführt, daß das Amt des Staatspräsidenten in liberal-demokratische Hände überging, sondern daß auch die gesamte neue Regierung aus Liberalen und ihnen nahestehenden Männern besteht. An der türkischen Außenpolitik wird sich kaum etwas ändern. Dagegen ist mit Sicherheit in der Wirtschaftspolitik mit einer gründlichen Abkehr von dem bisher verfolgten staatswirtschaftlichen Kurs zu rechnen. In Zukunft werden die Methoden der liberalen Wirtschaftspolitik, d. h. der freien, vom Staat unabhängigen Betätigung der Wirtschaftskräfte des Landes und der unternehmerischen Initiative, die Grundlinie der türkischen Agrar- und Handelspolitik bilden.

Da die Türkei trotz namhafter Fortschritte auf dem Gebiet der Industrialisierung nach wie vor ein überwiegend agrarisch orientiertes Land ist, spielt die Aussicht auf die kommende Ernte die größte Rolle in den wirtschaftlichen Vorgängen der letzten Wochen. Die Türkei rechnet mit einer recht guten Ernte, und allgemein besteht dabei die Tendenz beim Erzeuger und im Handel, möglichst schnell von den hohen Vorjahren heranzukommen, da nach einer guten Ernte mit sinkenden Preisen zu rechnen ist. Schon jetzt sind die Preise zurückgegangen. Für die einzelnen Waren der türkischen Erzeugung gilt folgendes:

Erzeuger und Exporteure rechnen, daß in diesem Jahr die Ausfuhr von 50.000 t Weizen und 10.000 t andere Getreidearten möglich sein wird. Der Markt für Hülsenfrüchte hat sich etwas belebt, 2000 t gingen nach Spanien, 1800 t nach Malta. Verhältnismäßig ruhig lag der Markt für Olivenöl. Die Preise lagen Mitte April 1950 bei 27 Piaster (1 Piaster gleich 15 D-Pfennig) je kg für Bohnen, 33 Piaster für Linsen, 17 Piaster für Sojabohnen, 31 Piaster für Erbsen, 40 Piaster für Sesam-Saat, 40 Piaster für Leinsaat, 30 Piaster für Sonnenblumensaat und 17 Piaster für Oliven.

Die Vorräte an Haselnüssen betragen über 5000 t. Die Preise lagen im März bei rd. 170 Piaster je t. Anfang Mai begann der Markt für Mehl zu wackeln. Man nimmt an, daß die diesjährige Erzeugung und Qualität höher bzw. besser sein wird, als im vergangenen Jahr (5000 t), trotzdem werden die Preise niedriger geschätzt.

Die Metallindustrie hat zwar bemerkenswerte Erfolge aufzuweisen, es gibt aber in Nordafrika kaum eine Schwerindustrie, die geförderten Erze werden exportiert, es bestehen nur einige wenige Schmelzeisen.

Man begegnet so alljährlich dem aufschlüsselnden Bericht, überall einer lebhaften Tätigkeit, welche das Wirtschaftsleben in den Atlasländern auf eine höhere Stufe hebt. Jeder der drei Länder Französisch-Nordafrikas hat im Jahre 1948 einen Wirtschaftskapitalwert erreicht, dessen Ziele höherer Agrarerträge und eine lokale Industrialisierung sind. Die Gesamtsummen für diese Zwecke betragen 1948 in den drei Ländern 64 Milliarden Francs. Nach den bestehenden Vorschlägen dürften bis 1953 noch rd. 311 Milliarden Francs erforderlich sein.

Marshallplan-Hilfe für Französisch-Nordafrika

Vor kurzem hat die Marshall-Plan-Verwaltung einen Betrag von 13 Millionen Dollar für den Ankauf von amerikanischen Rohmaterial für französische Erdölgesellschaften, die in Nordafrika tätig sind, bewilligt. Ferner wurde ein Betrag von 14 Mill. Dollar dem Office du Niger zum Ankauf von diversen Maschinen in den USA zur Verfügung gestellt. Diese Maschinen werden für die Anlage von Feldern in Französisch-Westafrika benötigt. Die Gesellschaft plant eine Steigerung der Releproduktion und hofft bis zum Jahre 1957 auf eine jährliche Ernte von rd. 140.000 t zu kommen.

Zunahme des Spielzeugwaren-Exports

Die französische Ausfuhr von Spielzeug hat erheblich zugenommen, denn im Jahre 1949 wurde ein Betrag von 641 Mill. frs erreicht gegenüber 367 Mill. frs im Jahre 1948 und unter Umrechnung auf den gegenwärtigen Frankenswert 1949 von 440 frs (einfranzösischer) gleich 22 Mill. frsk. Die Lieferungen von Spielzeug nach den französischen Überseegebieten erreichten 629 Mill. frs im Jahre 1949 gegenüber 323 Mill. frs im Jahre 1948. Gemeinlich gibt es 3000 französische Spielzeugwarenfabriken, von denen mehr als die Hälfte nicht mehr als 5 Angestellte hat, 40 Proz. aller Spielzeugwarenfabriken sind in Paris und 13 Proz. in der Gegend von Lyon.

schätzt. Die letzten bekannten Preise lagen für die Sorten fair bei 300 bis 343 Piaster je t, good bei 300 bis 343 Piaster, best bei 375 bis 400 und kid 410 bis 430 Piaster.

Im März wurden 18 Seidenkokons nach Frankreich exportiert. Als letzter Preis wurde genannt 3,50 bis 6,00 Pfund je kg für Kokons, 32 Pfund per kg für Seide. Auch der Markt in Häuten war ruhig. Die Preise gingen weiter zurück.

Wenig zufriedenstellend bleibt die Lage auf dem wichtigen Tabakmarkt. Von der Schwarzenernte 1949 in Höhe von 24.000 t wurden erst 6000 t abgesetzt. Der Markt für die Marmara-Ernte eröffnete Anfang März, bis Mitte April waren von einer 19.000-t-Ernte nur 2000 t verkauft. Die Gründe liegen in der geringen Qualität der 4ter Ernte, für die die Preise als zu hoch betrachtet werden. Ein Ende März angenommenes Gesetz über die Gründung einer Tabakbank sieht vor, daß die neue Bank mit einem Kapital von 100 Mill. türk. Pfund arbeiten soll. Der größte Teil des Kapitals wird aus der 5. Seiden-Erzeugung fließen. Weitere Anteile sollen die Verwaltung der Staatsmonopole, die Landwirtschaftsbank und andere Banken. Zu den Aufgaben der neuen Bank gehört es, die Preise für den türkischen Tabak zu regulieren, den Standort der Erzeugung zu heben und den Export anzuregen.

Das türkische Verkehrswesen soll weiter verbessert werden. Der Hafen von Istanbul soll als erster noch in diesem Jahr erweitert werden. Ausländische Angebote werden zur Zeit überprüft. Auch die Flugpläne in Adana werden, ebenso der Flughafen in Adana und in einer Reihe anderer Plätze. Für ausländische Touristen sollen ermäßigte Tarife auf den Bahnen eingeführt werden.

Der Lebenshaltungszustand für März 1950 betrug 104,35, er lag damit etwas niedriger als im Februar (103,9 = 100). Der Außenhandel erreichte in den ersten zwei Monaten des Jahres auf der Einfuhrseite 97,7 Mill. türk. Pfund, bei der Ausfuhr 127,4 Mill. türk. Pfund. Bei der Einfuhr stehen an erster Stelle die Vereinigten Staaten mit 35,8% der Gesamteinfuhr. Es folgen Deutschland mit 28,8%, Großbritannien mit 27,4% und die Tschechoslowakei mit 27,2%. Von der Ausfuhr gingen 27,5% nach Deutschland, 16,3 nach Großbritannien, 12,3 nach den Vereinigten Staaten und 8,8% nach der Tschechoslowakei. Im Jahre 1949 betrug die türkische Einfuhr 812,6 Mill. türk. Pfund, davon 174 Mill. für Maschinen, 87 Mill. für Eisen und Stahl, 63 Mill. für Erdöl und Benzin, 62 Mill. für Baumwollwaren, 50 Mill. für Weile, Haare und Wollgarn, 41 Mill. für Getreide, 38 Mill. für Fahrzeuge, 22 Mill. für Papier und Papierwaren.

Die Ausfuhr 1949 betrug 904 Mill. türk. Pfund, davon Tabak für 239 Mill., Rohbaumwolle für 18 Mill., Rindfleisch für 46, Nüsse für 44, Chromerze für 30 und Häute für 12 Mill. türk. Pfund.

Israels Wirtschaft noch auf schwachen Füßen

Die Zuwanderung in den jungen Staat Israel hält an. Es ist interessant zu beobachten, daß sich der Strom der Zuwanderer im Übermaß anhaltend vom Westen nach dem Osten gedreht hat. Zur Zeit wollen 130.000 Juden aus dem Irak nach Israel emigrieren, 60.000 haben die notwendigen Formalitäten bereits hinter sich gebracht. Aus dem Yemen sind bisher 30.000 Juden zugewandert, einige Tausend warten noch auf die Einreisegenehmigung. Auch aus dem Gebiet von Aden sind Einwanderungskontingente zu erwarten. Infolge der starken Zuwanderung ist die Beschaffung von Arbeitsplätzen für die neuen Staatsbürger zunehmend schwieriger geworden. Das ist nicht nur eine Frage der Zahl, sondern, je mehr sich der Strom der Zuwanderer aus dem Osten in Bewegung gesetzt hat, auch der Eignung, denn um so kleiner ist das Bildungsniveau und die Verkenntnis für industrielle Tätigkeiten und auch für moderne agrarische Bewirtschaftungsmethoden. Die meisten Einwanderer, die jetzt nach Israel einströmen, sind wenig gebildet, z. T. Analphabeten, Menschen, die noch nie in einer Fabrik gearbeitet haben, die auch kaum mit der Handhabung moderner landwirtschaftlicher Maschinen etwas Erfahrung zu tun hatten. Personen, die bisher in ihren Heimatländern kleine Verkäufer oder Händler waren oder eines primitiven Ackerbaubetriebes recht und schlecht führten.

Schwierig ist auch die Assimilation der Einwanderer aus dem Osten mit der liberalen Bevölkerung, die vorwiegend aus den europäischen und amerikanischen Ländern stammt und infolge ihres Bildungsgrades ganz andere Voraussetzungen mitgebracht hat. Die israelische Regierung steht sich hier ein Problem gegenüber, dessen Lösung große Aufmerksamkeit verdient, wenn es nicht zu sozialen Spannungen in einem kaum gebildeten Staatswesen kommen soll. Israel muß danach trachten, seine Industrie auf die Höhe zu bringen, die Wirtschafts- und Verkehrsleben zu intensivieren und die Landwirtschaft zu heben. Der junge Staat lebt heute noch lange nicht von den Früchten seiner eigenen Arbeit, er führt gewissermaßen noch eine künstliche Existenz, basierend auf den großen Zuwendungen, die ihm und seinen Bürgern aus allen Teilen der Welt einfließen.

Das israelische Staatsethudget hat durch den Krieg gegen die Araber schwere Einbußen erlitten, es ist zu gefährlichen Preisaufschlägen gekommen, die die Gefahr einer Inflation in die Nähe geführt haben. Die Landesverteidigung

verhindert die Hälfte des Jahresbudgets, das mit 40 Mill. ir. Pfund (1 ir. Pfund = 1 engl. Pfund) ausreicht ist. Die hauptsächlichsten Staatseinkommen stammen aus den Orangenkulturen, die etwa zwei Drittel der landwirtschaftlichen Erzeugung ausmachen. Weite Plantagengebiete und ihre Bewässerungsanlagen sind aber heute zerstört. England, ehemals der größte Orangenkonkurrent Israels, hat den Bezug von Apfelsinen als „non-essential“ sehr eingeschränkt. Nach anderen Ländern geht die Ausfuhr nur zugrund. Die israelische Zahlungsbilanz ist deshalb stark passiv. Das Gleichgewicht wird im Grunde nur durch die bereits erwähnte Hilfe des Auslandes aufrecht erhalten. Israel führt 87 Mill. ir. Pfund Waren ein und für nur 10,5 Mill. Waren aus. Zum Glück ist allerdings ein Teil der Einfuhr (ERP) ein Geschenk, das etwa die Höhe von 30 Mill. Pfund erreicht. Die jüdischen Organisationen auf der Welt schicken für etwa 27 Mill. ir. Pfund Waren nach Israel, 7,5 Mill. bringt der Fremdenverkehr und 6 Mill. stammen von der Import-Export-Bank.

So wird ein Großteil des Handelsdefizits durch die Hilfe des Auslandes gedeckt. Die Teilung Palästinas hat den Zuzug von Flüchtlingen nach Jerusalem ebenso zum Erliegen gebracht. Die Ausfuhr von Pottasche aus dem Tein Meer, ebenfalls eine Hauptertragsquelle des Staates, nimmt demnach ab, die Diamantindustrie, die anfänglich so große Hoffnungen erweckte, ist größtenteils wieder nach Belgien und Holland zurückgewandert, die Erzeugung pharmazeutischer Produkte geht wegen Mangels an geeigneten Arbeitskräften allmählich zurück. Die Ausfuhr zeigt einen starken Rückgang, ebenso die Feinmetall-Industrie wegen Mangels an Fachkräften. Auch die Zuwendungen aus dem Ausland haben in letzter Zeit nachgelassen. Die israelische Regierung macht alle Anstrengungen, um ausländisches Kapital zur Anlage in Israel zu bewegen; es können Zinsen und Gewinne jederzeit in der betreffenden Landeswährung ausbezahlt werden, auch die Rücktransferierung des Kapitals in Devisen wird von vornherein zugestanden, was allerdings in der Praxis auf mancherlei Schwierigkeiten stoßen dürfte. Das Land leidet sehr stark unter dem Boykott der umliegenden arabischen Länder. Nach dem über alles Erwarteten resultierten raschen politischen Sturz des jungen Staatswesens ist man sich in israelischen Wirtschaftskreisen heute sehr klar darüber, daß es einer langen Periode intensiver Aufbauarbeit bedarf, um den jungen Staat auch wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen.

Metall-Streiflichter

Türkische Chromerzförderung im Ausbau

Die türkische Chromerzförderung, die im wesentlichen von der Et-Bank kontrolliert wird, konnte 1949 ihre Produktion durch die Inbetriebnahme der neuen Sori-Mine bei Goleman im zweiten Quartal 1949 steigern. Etwa 40.000 t wurden auf der Sori-Mine gefördert, so daß die Gesamtmenge der Mienen unter der Kontrolle der Et-Bank auf 177.000 t stieg. Ein weiteres Projekt der Et-Bank soll in dem ECA-Programm 1949/50 Berücksichtigung finden. Obwohl hier nur etwa 70.000 t Erz anstehen, würde sich, wie es heißt, die Erschließung mit einem Kostenaufwand von 250.000 Dollar lohnen. Eine weitere wichtige Entwicklung in der türkischen Chromerzindustrie ist in der vor dem Abschluß stehenden Errichtung der neuen Platanenanlage bei Goleman zu sehen, die jährlich etwa 30.000 t Konzentrat mit 48-52% herstellen wird. Die Chromerzproduktion privater Mienen wird für 1949 auf etwa 100.000 bis 150.000 t geschätzt, so daß also für 1949 mit einer Maximalförderung von etwa 320.000 t gerechnet werden kann. Das wäre eine Rekordleistung, 1938 betrug der Anteil der Türkei an der Weltchromerzförderung bei einer Produktion von 214.000 t 19%. Seit der Ausweitung der Produktion der rhodischen und seltschen Chromerz sehr begünstigt hat die türkische Erz, das auf den Export angewiesen ist, einen sehr schweren Stand. Die türkischen Chromerzexporteure verlangen deshalb von der Regierung eine Herabsetzung der Ausfuhrabgabe von 19 auf 1%.

Neue Eisenerzvorkommen in Venezuela

Wie aus London gemeldet wird, wurden etwa 20 km südlich der Vorkommen von Cerro Bolivar, deren Reserven mit mehr als 600 Mill. t angegeben werden, neue große Eisenerzvorkommen aufgefunden, die bei San Lázaro liegen. Nach Angaben der amerikanischen Fachzeitschrift „Iron Age“ hat die Regierung von Venezuela beide 15 Konzessionsgesuche für dieses Gebiet erhalten. Es handelt sich im wesentlichen um amerikanische Stahlgesellschaften, die sich für die neuen Vorkommen interessieren, doch sollen auch andere ausländische Gesellschaften um eine Konzession nachgesucht haben. Die Reserven des neuen Erzfeldes werden mit mindestens 300 Mill. t angegeben.

Ausfall für den Staatshaushalt ausgeglichen werden soll, ist noch unklar. Die türkische Regierung will ihn mit Sparmaßnahmen begegnen.

Zunahme des deutsch-türkischen Handels

Die Einfuhr deutscher Waren nach der Türkei hat in diesem Jahr erheblich zugenommen, was besonders auch für den Monat Mai gilt. Dies wird hauptsächlich darauf zurückgeführt, daß die Türkei versucht, die Zinsbarriere gegenüber Deutschland, die 2 bis 10 Mill. Dollar betragen, noch während des zweiten Marshall-Plan-Jahres auszuheben. Kaufkommissionen sind im Laufe des Mai nach Deutschland gegangen, und die Lizenzierung ist ohne Schwierigkeiten vor sich gegangen. Eine größere Anzahl von Regierungskontrakten konnte bei deutschen Firmen untergebracht werden. Die zunehmende Bedeutung Deutschlands geht aus den folgenden Zahlen über den Handel der Türkei mit den wichtigsten Ländern in den ersten drei Monaten des Jahres 1950 hervor:

Table with 4 columns: Land, Einfuhr nach Br., % der Gesamteinfuhr, Ausfuhr nach Br., % der Gesamtausfuhr. Includes Germany, Great Britain, Czechoslovakia, USA.

Steigende CSR-Ausfuhr nach Brasilien

Das kürzlich unterzeichnete Handelsabkommen zwischen Brasilien und der Tschechoslowakei ist, wie aus informierten Kreisen in Brasilien bekannt wird, auf 3 Jahre berechnet. Die Warenliste gilt jedoch zunächst nur für den Austausch innerhalb des ersten Jahres der Laufzeit des Vertrages. Die brasilianischen Lieferungen sollen 14,39 Mill. Dollar erreichen, die tschechoslowakischen dagegen 15,85 Mill. Dollar. Die Differenz von 1,5 Mill. Dollar soll durch den Teil der Kredite abgedeckt werden, den Brasilien bald nach dem Krieg der Tschechoslowakei in Höhe von 20 Mill. Dollar eröffnete. Der Handel zwischen beiden Ländern hat sich in den letzten vier Jahren wie folgt entwickelt (in Mill. Cruzeiros):

Table with 3 columns: Year, Einfuhr nach Br., Ausfuhr aus Br. Includes years 1946, 1947, 1948, 1949.

Im letzten Jahr ist es, wie die obige Zusammenstellung zeigt, gelungen, einen Ausgleich des Handels zwischen beiden Ländern herbeizuführen. Seit 1949 benutzt Brasilien ein neues Lissabensystem dazu, durch vermehrte Einfuhr aus der Tschechoslowakei und verminderter Ausfuhr dorthin auf eine Rückzahlung seiner Dollar-Kredite zu dringen. In dem neuen Abkommen soll Brasilien Rohstoffe für 12 Mill. Dollar und Nahrungsmittel für 2,2 Mill. Dollar, dagegen Fertigwaren nur für 10.000 Dollar liefern, während die Tschechoslowakei Fertigwaren für 12,70 Mill. Dollar, Rohstoffe für 1,6 Mill. und Nahrungsmittel für 1 Mill. Dollar exportieren wird.

Günstige Entwicklung der italienischen Zelluloseindustrie

Die italienischen Vorräte an Zellulose aus in- und ausländischen Quellen wachsen ständig. Annähernd 80% der für die Herstellung von Rayon und Papier benötigten Rohstoffe werden eingeführt. Die italienischen Anlieferungen umfassen hauptsächlich Pappelholz zur Papierherstellung und seines Rohrs zur Verarbeitung als Rayon. Die Rayonherstellung wird nur durch das Werk der Sina Viçosa bei Torviscosa in der Provinz Venedig betrieben. Über die italienische Holzlieferungen werden folgende Angaben gemacht (in tinn):

Table with 4 columns: Year, Holzart, Menge. Includes categories like Holzart, Menge.

Seit Kriegsende wurden die Schnittholzeinfuhren vergrößert, um nicht die eigenen Vorräte zu gefährden. Die italienische Regierung hat die Aufhebung der Pappelholzeinfuhr in die Wege geleitet. Der Vorkonzern der Sina Viçosa gab kürzlich bekannt, daß das Sina-Zweigwerk im Jahre 1949 44.000 tons Zellulose herstellte und damit fast das ganze Jahr die Kapazität auszunutzen konnte. Dieses Werk legte in Süditalien Bakulypots-Plantagen zur Verarbeitung als Zellulose an. Italienische Pappel-Holzschiff notiert gegenwärtig 6500 Lire je dz ab Mailand.

Die Mailänder Wirtschaftszentrum „Il Sole“ beschäftigt sich mit der italienischen des Handels erst dann in Betracht käme, wenn vorher oder gleichzeitig auch die Preissteigerung der Arbeitskräfte sichergestellt sei. Die Zeitung erklärt, daß diese italienische Forderung kaum Aussicht auf baldige Erfüllung habe, da Italien bisher selbst sogar den Arbeitsplatzwechsel zwischen Provinz und Provinz nicht ganz freihandelt. Ferner sei durch die in fast allen Ländern erfolgte Vollbeschäftigungspolitik eine Freizügigkeit in absehbarer Zeit problematisch.

Advertisement for Süddeutscher Spinnweb-Verband G.m.b.H. featuring a logo and text about spinning, weaving, bleaching, dyeing, and printing in Stuttgart and Wendlingen (Neckar).

Advertisement for Metallwarenfabrik, listing various metal products and contact information.

Advertisement for ETS. GRIMON, 12 RUE MOLIERE-PARIS 1*, IMPORT-EXPORT, listing products like coffee, sugar, fats, and molasses.

